

Berliner

# Volks-Tribüne.

## Social-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. pränumerando (frei ins Haus). — Einzelne Nummer 15 Pfg. Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 M. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 850 der Zeitungsverzeichnisse für das Jahr 1888.)

Redaktion und Expedition:  
S. O. (26). Oranien-Strasse 23.

Inserate werden die 4 spaltige Petit-Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Aannahme in der Expedition: Oranien-Strasse 23.

Ausgabe für Expeditoren:  
„Merkur“ Zimmer-Strasse 54.

Nr. 11.

Sonnabend, den 17. März 1888.

II. Jahrgang.

### Inhalt:

**Der Regierungswechsel und die Lage in Deutschland.** — Die falsche Gleichgültigkeit gegen die Arbeiterbewegung. — Henri Rochefort und die französischen Arbeiter. — Die Zunahme der Frauenarbeit.

**Nur ein Mädchen. Novelle.** — Handelskammern und Fachvereine über den Arbeiterschutz. — Die Fortführung der Unfallversicherung. — Gegen die Stadtverordnetenwahlen.

**Politisches und Sozialpolitisches.** — Gewerkschaftliches und Arbeiterversicherung. — Kleine Mittheilungen. — Vereine und Versammlungen. — Literarisches.

### „Berliner Volks-Tribüne“ Sozialpolitisches Wochenblatt,

erscheint jeden Sonnabend früh in Berlin und sucht in gründlicher Weise alle auftauchenden politischen und wirtschaftlichen Fragen vom

**sozialistischen Standpunkte** aus zu beleuchten. Mit derselben Entschiedenheit, mit welcher die

„Berliner Volks-Tribüne“ demgemäß die großen, alles beherrschenden Gegensätze von Kapital und Arbeit behandelt, zieht sie auch alle Einzelheiten der Gewerkschaftsbewegung, der Fabrikgesetzgebung, der Arbeiterversicherung, der Steuer- und Parteikämpfe in den Kreis ihrer Betrachtungen.

Gerade heute, wo das Vereinsleben der Arbeiter gänzlich darniederliegt, erscheint uns ein Wochenblatt wie das unsrige als ein unentbehrliches Aufklärungsmittel des Volkes.

Nach auswärts empfiehlt sich bei Einzel-Bestellungen und Bezug von weniger als fünf Exemplaren Post-Abonnement. Die „Berliner Volks-Tribüne“ ist eingetragen unter Nr. 850 der Zeitungsverzeichnisse für 1888 und durch jede Post-Anstalt für M. 1.50 vierteljährlich zu beziehen.

Prospecte und Probenummern liefern wir nach auswärts jederzeit gratis. Expeditoren, welche auswärts die Verbreitung des Blattes übernehmen wollen, bitten wir, sich sofort mit uns in Verbindung zu setzen.

In Berlin wende man sich stets direkt an die Expedition. Dieselben liefern die „Berliner Volks-Tribüne“ für 50 Pfennige monatlich jeden Sonnabend Morgen frei ins Haus.

Der Verlag der „Berliner Volks-Tribüne“.  
Berlin S. O., Oranienstr. 23.

### Zur Lage.

Eine fieberhafte Erregung herrscht seit voriger Woche in der freisinnigen Partei und deren Presse.

Von der rückgratlosen, von der Angst vor dem Proletariat gelähmten deutschen Bourgeoisie mehr und mehr verlassenen und die besten Kräfte in ergebnislosem parlamentarischen Kleinkrieg verzehrend — hat diese Partei zu jeder Zeit Spott und Hohn in vollen Schalen über die Häupter der Konservativen ergossen, deren ganzes Dasein „nur auf zwei Augen“ beruhe. Und nachdem sich diese Augen geschlossen haben, ist es dieser deutsche Freisinn selber, der auf einen Mann, auf einen Kranken, vielleicht zum Tode kranken Herrscher alle seine Hoffnungen setzt.

Dieselbe bürgerliche Demokratie, die vor Entrüstung schäumte, als sich Herr Stöcker an ein jüngeres Mitglied des königlichen Hauses herandrängte, um es für die Zwecke der äußersten Rechten zu gewinnen — dieselbe „Demokratie“ buhlt heute um die Gunst des Thronerben in einer Weise, die Jedem, der noch einen Rest von Selbstbewußtsein und Mannesstolz in sich trägt, die Röthe des Jornes und der Scham ins Gesicht treiben muß.

Von Neußerungen servilster Verzückung, wie sie kaum jemals konservative Blätter mit beschränktem Unterthanenverstand befehlet haben, koch dieser Tage die Presse der „verkappten Republikaner“ über und über.

Die Empfindung, welche ein derartiges Verhalten wecken muß, ist um so qualender und niederdrückender, als bereits Anzeichen genug dafür vorliegen, daß an dem System der inneren Politik in Deutschland nichts ge-

ändert werden wird, und daß die Freisinnigen, wenn sie ihre oppositionelle Stellung verlassen wollten, weiter nichts bewirken würden, als daß dieses alte System mit einigen nichtsagenden liberalen geschmeichlichen Ornamenten verziert oder auch verunziert würde, vielleicht auch mit einigen vielredenden liberalen Ministern — vorausgesetzt natürlich, daß letztere bereits den Befähigungsnachweis erbracht haben, daß sie es gegebenen Falles im Einschwenken mit jedem Unteroffizier aufnehmen können.

Für die allgemeinen inneren Zustände und für die wirtschaftliche und politische Lage des Volkes wird jedoch alles beim Alten bleiben.

Man darf niemals vergessen, daß wir in Deutschland bereits einmal eine liberale Ära, mit den Herren Bennigsen-Richert-Bamberger-Lasker an der Spitze, hatten und daß diese Ära — nationalliberal war, nationalliberal, obwohl alle Verhältnisse damals für freihändlerische Reformen günstiger lagen wie heute und wie sie niemals wieder liegen werden. Die Bourgeoisie, die im Segen des Milliardenstromes schwamm, war damals viel eher geneigt, dem „süßen Pöbel“ einige Broden von politischen und wirtschaftlichen Rechten vorzuwerfen. Heute liegen überall Handel und Wandel darnieder, heute bedeutet der geringste Zufall für ganze Reichen aufgeblasener Glückspitze den sicheren Zusammenbruch und Ruin, heute fürchtet daher die gesammte Bourgeoisie nichts mehr, als daß den Arbeitern wieder eine gewisse Freiheit der Bewegung eingeräumt werden könnte, weil diese freiere Bewegung ein weiteres Element der Störung in das sowieso schon aus Rand und Band gerathene Getriebe des wirtschaftlichen Lebens hineinbringen würde. Damals war das Proletariat, trotz aller stürmischen Kundgebungen seines Daseins, noch keine solche Macht wie heute und daher das allgemeine Verlangen der Besitzenden nach einer starken Regierung kein so unüberwindliches. Heute graut es im Stillen auch jedem Liberalen vor den Folgen der Rückgabe der vollen Aktionsfreiheit an die Arbeiterklasse. Der Klassengegensatz ist ein schärferer geworden und damit auch der Wunsch der Besitzenden und durch ihren Besitz Herrschenden: die Rechte der oberen Zehntausend zu stärken und auszudehnen, und die Rechte des Volkes zu verstimmen und zu beschränken.

Auf welche Kreise sollte sich unter solchen Verhältnissen eine liberale Ära stützen?

Und welche Forderungen seines alten Programms vermöchte der Liberalismus daher heute noch durchzusetzen, wenn er unter so vollständig veränderten Voraussetzungen nochmals berufen würde, der Bourgeoisie ihre Geschäfte zu besorgen?

Das eine wäre freilich nicht zu bezweifeln, daß der Liberalismus, wenn er mit an's Ruder käme, viel von sich reden machen würde, um so mehr, als er sich von Haus aus vortrefflich auf die Klame versteht. Vielleicht würde er — welche eine unerhörte That! — den Schwurgerichten die politischen Prozesse überweisen — soweit es sich um häusliche Streitigkeiten innerhalb der Parteien der besitzenden Klassen handelt. Soweit die sozialistische Partei und die Arbeiterpresse in Frage käme, würde man beiden natürlich weiter auf Grund des Sozialistengesetzes den Strick drehen, der sie in das bessere Jenseits, wo der ehrlichste Kommunismus herrscht, befördert. Man kann die Selbstverwaltung weiter entwickeln, d. h. an Stelle des konservativen Beamten und der starren gesetzlichen Vorschriften den liberalisirenden Großkapitalisten und dessen wechselnden Willen setzen. Aber den Arbeitern wird man die Selbstverwaltung ihrer Klassenangelegenheiten niemals wiedergeben. Man wird vielleicht — und die liberale Presse wird über diesen Fortschritt außer sich gerathen! — den Innungsmeistern weniger ausschließlich das Recht der Lehrlingsausbeutung zuerkennen; man wird liberal genug sein, das gleiche Recht der Ausnutzung für alle Unternehmer zu proklamieren. Aber die Ausbeutung an sich aufheben zu wollen, dieses Recht keiner der sich jetzt vordrängenden Liberalen den Arbeitern jemals wieder zuerkennen. Man wird bei einigen kleinen Posten „weise Sparsamkeit“ im Staatshaushalte üben, aber die ungeheuren Ausgaben für militärische Zwecke müssen weiter wachsen,

und auch ein liberaler Finanzminister wird diese Riesenausgaben niemals anders decken wollen als durch indirekte Steuern auf die Bedarfsartikel der Massen — wenn er vielleicht auch, um sein Gewissen zu salbiren, eine „Reform“ der Einkommensteuer, vielleicht durch Einführung der Selbsteinschätzung, ausarbeiten wird. Statt eines konservativen Polizeiministers wird vielleicht wieder ein Eulenburg das Ausnahmegesetz „loyal handhaben“, aber ohne Ausnahme-gesetz wird auch der regierende Liberalismus — eben ein anderer wie der in Opposition befindliche — nicht auskommen wollen.

Das ist die neue Ära, wie sie heute in Deutschland allein möglich ist, wenn sie nicht sofort unter dem Widerstand des vereinigten ländlichen und städtischen Besitzes begraben sein will. Sie mag sich liberal nennen, aber dieser Liberalismus sieht schon lange unter dem Zeichen des Krebses.

Entweder wird also in Deutschland gar nichts geändert werden, oder wenn etwas geschieht, so wird es in der Hauptsache darin bestehen, daß die Richert und Stauffenberg, und vielleicht auch noch die Bamberger und Hänel hof- und regierungsfähig werden und das gährende Drachengestirn ihrer oppositionellen Gesinnung wieder in die Milch frommer nationalliberaler Denkungsart zurückverwandeln — mit der weiteren Rückbildung natürlich, welche die veränderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse heute bedingen. Die ehemaligen Sezessionisten und jetzigen Deutschfreisinnigen waren ja dereinst gesinnungstüchtige Fraktionsgenossen des Herrn Bennigsen. Warum sollten sie es nicht von neuem werden können, wenn sich ihnen die Aussicht eröffnet, wieder in Gnaden in die maßgebende Majorität und vielleicht gar in die Regierung aufgenommen zu werden? Herr Richert dürfte dann freilich zu seiner nicht geringen Enttäuschung gewahr werden, daß er, indem er seine ganze außerordentliche Kraft der Verbreitung des Märchens von der kommenden liberalen Regierung widmete, sich selbst auf das schwerste geschädigt hat, denn er erleichtert den ehemaligen Sezessionisten nur das Abschwenken zu den Nationalliberalen und er wird alsdann nahezu ganz allein dastehen, ein Führer ohne Truppen und ohne Einfluß.

Doch das sind Zukunftsjorgen, welche die Arbeiter Deutschlands weiter nicht berühren. Die Arbeiter brauchen sich über solche Dinge glücklicherweise nicht den Kopf zu zerbrechen; sie haben vielmehr in der gegenwärtigen Uebergangszeit nur auf eines zu achten, nämlich: sich vor allen Illusionen zu hüten!

Die Arbeiter dürfen sich auch in Zukunft nicht dem einflussenden Glauben hingeben, daß ihnen von oben herab irgend welches Heil kommen werde. Auch wenn die Regierung den Reichstag vielleicht von jetzt ab mit etwas mehr Achtung behandeln sollte, so dürfen die Enterbten doch niemals der Meinung sein, der Parlamentarismus werde nunmehr auch für ihre Partei ein wirksameres Werkzeug bilden. Die Arbeiter haben in langen Leidensjahren gelernt, daß nur ein Vertrauen niemals getäuscht wird: das Vertrauen auf die eigene Kraft. Und alle, die ihr Leben in den Dienst der heiligen Sache des Proletariats gestellt haben, sollten für die Zukunft — möge sie sich gestalten, wie sie wolle — das eine Gelübniß ablegen: jegliche Erleichterung öffentlichen Wirkens nicht zu nutzlosen Verhandlungen mit den Besitzenden, zu kleinen Reformversuchen und parlamentarischen Scheinerfolgen zu benutzen, sondern lediglich dazu, die Massen weiter aufzuklären und fester zu organisiren, um sie immer mehr zu einer unwiderstehlichen zielbewußten Macht heranzubilden, welche im Stande sein wird, alle Kulturfortschritte, welche uns die Entwicklung der modernen Produktion verheißt, zu verwirklichen.

Darum die Hände nicht in den Schooß gelegt, als wenn uns von Anderen unsere Wünsche erfüllt werden könnten! Jeder ist selber seines Glückes Schmied, und wir werden in alter Weise weiter an der Befreiung des Volkes arbeiten!

## Die traurige Gleichgültigkeit.

mit welcher noch viele Arbeiter den Bestrebungen ihrer Genossen zusehen, beweist zur Genüge, wie wenig die Arbeiter noch ihre eigenen Interessen begreifen. Wie wäre es sonst möglich, daß es noch so viele giebt, die nicht mit uns wirken zur Erreichung des schönen Zieles, das Jedem, der arbeitet, den vollen Ertrag seiner Arbeit sichern will?

Giebt es einen Arbeiter, der behaupten kann, daß er empfängt, was er wirklich verdient hat?

Nein, keinen Einzigen. Alle Arbeiter erhalten nur einen Theil dessen, was sie erzeugt haben. Ein anderer großer Theil, häufig der größte, entfällt auf den Unternehmer oder auf Zwischenpersonen, von denen bei einer besseren Regelung der Produktion viele vollständig entbehrt werden könnten.

Jeder Arbeiter schafft einen Theil des endlosen unerschöpflichen Reichthums, der nur durch die Arbeit in's Leben gerufen wird. Es herrscht überall Ueberfluß an Produkten, und doch hat der Arbeiter keinen entsprechenden Genuß von dem, was er zu Stande gebracht hat.

Warum hat der Arbeiter trotz all des Ueberflusses dennoch mit allerlei Entbehrungen zu kämpfen und ist des morgigen Tages nicht sicher?

Einfach deshalb, weil er den Werth seines Produktes nicht empfängt. Wenn ein Arbeiter z. B. selbst 50 Pfennige die Stunde erhält — und wie wenig Arbeiter bekommen das — dann beläuft sich in der Regel der Werth dessen, was er während dieser Zeit geschaffen, auf das Doppelte und Dreifache. Dieser „Mehrwerth“ fließt in die Taschen der Unternehmer, die wenig oder gar nicht an der Arbeit theilnehmen.

Jeder, der sich umschaut, kann sich überzeugen, daß gerade die, welche am wenigsten arbeiten, die größten Einnahmen haben. Es giebt Tausende, welche große Gehälter, Dividenden, Zinsen, Mieten, Gewinne beziehen für sozusagen Nichts, da sie für keinen Großen Werth erzeugen, sondern nur vorhanden sind, um den wirklichen Arbeiter anzutreiben und zu chikanieren. Je gefährlicher, je ungesunder, je sklavischer die Arbeit, desto schlechter wird sie bezahlt, während häufig der Besitz eines Stückchens Papier (Aktie) ein Anrecht giebt auf hundert Mal mehr Einkommen, als der Arbeiter erhält, welcher die nützlichsten Produkte erzeugt.

Betrachtet, welche fabelhaften Gewinne die Aktienbesitzer an Bergwerken, Fabriken und anderen Unternehmungen haben! Und wer anders als der Arbeiter hat diese ungeheuren Reichthümer geschaffen, resp. der Erde abgerungen? Wie ist es also möglich, daß es noch so viele Arbeiter giebt, die nicht begreifen, daß sie Recht haben auf mehr, als sie in ihrem schmalen Lohn empfangen, der ihnen häufig genug obendrein noch mißgönnt wird?

Wie ist es möglich, daß der Arbeiter so blind ist, um es nicht zu begreifen, wie all' der vorhandene Reichthum nur seinem Fleiß zu verdanken ist?

Wie kommt es, daß noch so Viele sind, welche die moderne Arbeiter-Bewegung nicht verstehen? Die Arbeiterpartei will doch, daß der Arbeiter die volle Vergeltung seiner Leistung empfangt, so daß er sich für seine Thätigkeit reichliche Nahrung, gute Kleidung, gesunde Wohnung und genügende Erholung verschaffen kann.

Giebt es, wie fragen nochmals, einen verständigen Arbeiter, einen ehrlichen Menschen, welcher diese Forderungen belämpfen könnte?

Und doch giebt es so Viele, welche gleichgültig zusehen, wie ihre Kameraden diesem Ziele ihre Zeit widmen und für dasselbe materielle Opfer bringen. Ist es Unwissenheit oder freiwillige Sklaverei? Willst Du denn, Arbeiter, nicht den vollen Ertrag Deiner Arbeit, willst Du ewig der Untergebene, der Abhängige Deines „Herrn“ und „Meisters“ sein? Ewig Deiner Rechte beraubt bleiben und stets als Lastthier, ohne Genuß, verhindert „Mensch“ zu sein, dahin vegetiren?

Wir glauben es nicht. Euer Selbstbewußtsein, das solange schlummerte, wird erwachen, sobald Ihr Euren Zustand begriffen habt, und Ihr werdet mit uns kämpfen für das edelste Ziel, für welches jemals auf der Erde gestritten wurde.

Denn nur die Befreiung des Volkes aus seinen wirtschaftlichen Fesseln, aus seiner Noth und Abhängigkeit von den Besitzern der Produktionsmittel kann zum Resultat haben, daß ein wahrhaft freies, auf der Höhe der Kultur stehendes Menschenthum sich entwickelt. Ohne dies nützt alle Aufklärungs- und Bildungsarbeit einzelner edler Menschen nichts.

Darum, Arbeiter, zerplittert Eure Thätigkeit nicht in allen möglichen kleinen Versuchen und Thätigkeiten. Gewiß giebt es auf allen Gebieten des privaten und öffentlichen Lebens zu bessern, zu reformiren und zu stiften. Aber solange wir nicht an einem wahren Ueberfluß von geistigen Kräften leiden und solange in den Anschauungen und Strebezwecken der Massen noch soviel Ueberlebtes und Falsches sich breit macht — solange haben wir auch alle unsere Kräfte darauf zu konzentriren, die Massen über ihre gegenwärtige Lage und deren Ursachen aufzuklären und ihnen die großen Ziele und die richtigen Wege für die Zukunft zu zeigen. Solange hier noch nicht alles geschieht, was geschehen kann und geschehen muß, solange ist es nur ein Schaden für unsere Partei, in anderer Richtung diejenigen Kräfte zu zerplittern und zu vergeuden, die uns bei zweckmäßiger Verwendung unschätzbaren Nutzen stiften können.

Wirke Jeder dahin, daß diese Erkenntniß allgemein

platzgreife! Auch wenn wir dabei auf einige winzige „Erfolge“ in der Gegenwart verzichten sollten, so bereiten wir durch dieses Verhalten doch nur um so größere Erfolge für später vor.

## Henri Rochefort.

Seine politische Laufbahn und seine Stellung zu den französischen Arbeitern.

### I.

5 Eine der eigenthümlichsten, durchaus isolirt stehenden Gestalten des französischen öffentlichen Lebens ist Henri Rochefort. Keiner der politischen Parteien angehörend, bald auf diesem, bald auf jenem radikalen oder revolutionären Standpunkt kurze Zeit verweilend, ein ebenso gesuchter, wie leicht verschertzter und gefürchteter Bundesgenosse, wandert er als Ahasverus, als ewiger Jude durch das politische Leben, ohne sich je für die Dauer irgendwo festzusetzen. Einen echt demokratischen Geist und Unabhängigkeitsdrang mit Liebe für das Volksthümliche und mit einem starken sozialen Gerechtigkeitsgefühl verbindend, einen sprühenden Witz und eine schneidende Satire paarend mit Leichtigkeit und Leichtfertigkeit des Urtheils, sowie mit Mangel an tieferer Einsicht und Kenntniß der gesellschaftlichen Struktur, ohne eine geklärt, wissenschaftlich gestützte und methodisch aufgebaute Ueberzeugung, hat er eine Rolle gespielt, wie kein zweiter Journalist unserer Zeit, und eine Popularität erworben, die ihm bis heute, nachdem die Verhältnisse seine eigentliche Bedeutung vernichtet, treu geblieben ist.

Henri Rochefort ist 1831, nach anderen 1832 zu Paris geboren. Sein Vater, der Marquis Rochefort-Lugay, Baron de Courtenay, entstammte einem der ältesten Adelsgeschlechter Frankreichs, zählte die Bourbonen zu seinen Verwandten und war ein Better der Königin von England. Seine Mutter dagegen war plebejischer Herkunft, und die Mischung zwischen Rasse und Volk erklärt einen Theil der eigenartigen Individualität Rocheforts, welche den Witz, die Schlagfertigkeit, den demokratischen Gang des Pariser Gamins mit den ritterlichen Schrukeln, der hochmüthigen Abwehr gegen das Parvenüelement eines Aristokraten vereint und sein Leben und Handeln vielfach in Gegensatz zu seinen Worten, den Anfang seiner politischen Thätigkeit zu dem vermuthlichen Ende derselben setzt.

Rochefort war 17 Jahre alt und stand im Begriff, seine Gymnasialstudien im Kolleg St. Louis zu beenden, als er eine Vorahnung seiner späteren Wirksamkeit gab. Die Junirevolution war soeben blutig niedergeschlagen worden, und der Tod des meinedigen Generals Bréa wurde durch die härtesten Verurtheilungen getrübt. Der kaum den Knabenjahren entwachsene Nourrit wurde der Galeere in den Rachen geworfen, der Feuerwehrmann Larr mit den üblichen gesetzlichen Umständen ermordet. Die Kinder der Füsilierten adoptirte Vidour, der Erzbischof von Paris. Einige Tage nach diesen Ereignissen besuchte der Prälat das Kolleg St. Louis, und Rochefort war par ordre de multi dazu auserkoren, den hohen Gast in Versen zu begrüßen. Obgleich er den Befehl annahm, weigerte er sich doch entschieden, das Gedicht der Zensur der Lehrer zu unterwerfen, und als der Rektor das Wort für den jungen Poeten verlangte, überraschte derselbe peinlichst durch eine schwungvolle republikanische Hymne, in welcher er den Erzbischof beglückwünschte, sich der Waisen der Erschossenen angenommen zu haben.

Wohl mehr der Noth gehorchend als dem eigenen Trieb wählte Rochefort die Beamtenkarriere, trat in die städtische Verwaltung ein und wurde im Hotel-de-Ville (Stadthaus, Rathhaus) als Hilfsarbeiter mit 1200 Francs Gehalt jährlich angestellt. Wie er selbst eingesteht, brachte er seine Vorgesetzten durch seinen Mangel an bürokratischen Fähigkeiten zur Verzweiflung. Da machte ihn der Zufall eines Tages mit dem Eigenthümer des „Charivari“ (ein Pariser Witzblatt, ungefähr dem Kladderadatsch entsprechend) bekannt, welcher das satirische Talent des jungen Beamten herausfühlte und ihn als Mitarbeiter engagirte. Rochefort verblieb zwar anfänglich noch in seiner Stellung, schrieb aber fleißig Berichte für den „Charivari“ und verfasste verschiedene kleine Baudevilles, die später seine Segner als Efelstimbuden brauchen wollten, um Simson aus der politischen Arena zu schlagen. Nachdem Rochefort noch an der „Theaterchronik“ und dem „Gelben Zwerg“ (Le Nain Jaune) mitgearbeitet hatte, trat er in den „Figaro“ ein, der damals zweimal wöchentlich erschien, feinen politischen Charakter trug und noch nicht das journalistische Lumpenthum in seiner höchsten Steigerung verkörperte. Drei Jahre hintereinander veröffentlichte Rochefort im Figaro Wochenchroniken, die an satirischer Schärfe, an schneidendem Hohn ihres gleichen suchten. Dieselben reichten nicht nur durch ihren unerschöpflichen laustischen Witz über die Tagesliteratur hinaus, sondern noch mehr durch ihren Inhalt, welcher den Lächerlichkeiten und Verderbtheiten der verkommenen Gesellschaft des Empires (Kaiserreichs) unter höhnischem Rickern das Gewand herabzerterte, sie in ihrer ganzen Schenlichkeit an den Pranger stellte und unbarmherzig mit Geißeln züchtigte. Schon die Titel, unter denen diese Chroniken jahrgangsweise in drei Bände vereinigt sind — „die Franzosen der Delavay“, „die große Bohème“ und „Zeichen der Zeit“ — deuten darauf hin, daß sie satirische Zeitbilder sind, denen als geschichtlichen Illustrationen ein bleibender Werth innewohnt. Der Erfolg, mit denen die Chroniken von den Feinden des Kaiserreichs begrüßt wurden, hatte die Regierung bald flüchtig gemacht, und sie lauerte nur auf eine Gelegenheit, um den unbequemen Lacher zum Schweigen zu bringen.

Ein Artikel „die Quadrille der Könige“ zeigte ihr plötzlich, daß Rochefort in seinen Publikationen „die Politik streife“, und der Minister des Innern stellte daraufhin dem Begründer des Figaro den Befehl zu, Rochefort's Chroniken zu unterdrücken oder den Figaro selbst unterdrückt zu sehen. Villemessant verabschiedete seinen Chroniker, forderte ihn aber gleichzeitig auf, ein eigenes Blatt zu gründen, zu dem er selbst die nöthigen Kapitalien vorstücken wollte.

Einige Zeit darauf erschien die „Latern“, von Rochefort allein redigirt. Am ersten Tage wurden nicht weniger als 125 000 Exemplare abgesetzt und sprachen dafür, wie richtig Rochefort die Verhältnisse und die Strömung des Volksbewußtseins getroffen. Der Verfasser jedoch, der ungemein schüchtern war, zweifelte so sehr an dem Werth der „Latern“ und ihrem Erfolge, daß man ihn mit Gewalt davon zurückhalten mußte, die Korrekturbogen der ersten Nummer zu zerstören. In der „Latern“ streifte Rochefort nicht bloß die Politik, sondern er trat direkt auf ihr Gebiet hinüber und zeigte sich vom ersten Augenblick an nicht nur als politischer Pamphletist ersten Ranges, sondern auch als echten Republikaner. Da er sich im Einklang mit Allen fühlte, welche in Frankreich frei im Denken und ehrlich im Handeln geblieben, so wurde er in den folgenden Nummern immer kühner, heftiger, herausfordernder. Noch nie war das Kaiserreich mit seinem Gefolge von Gebrechen und Verbrechen so sehr dem Fluche der Lächerlichkeit preisgegeben, so schonungslos zerlegt und gerichtet worden wie in der „Latern“. Ein guter Theil des Ansehens, das die Staatsstreicher so künstlich zusammengeleimt, fiel vor den Lichtblitzen der „Latern“ in Stücke, denn in keinem Lande hat das Wort „Lächerlichkeit tödtet“ mehr Geltung als in Frankreich.

Mit dem kühnen Pamphletisten und seinem Blatt mußte man bald im politischen Leben rechnen; vor denen die Gegner zitterten, vor dem Mann, der mit dem Mittel des Spottes die Stützen des Hofes untergrub. Der Kaiser raste vor Wuth, sowie die Rede auf die „Latern“ kam und ließ durch seine richterlichen Kreaturen einen Prozeß anstrengen, welcher mit Zuerkennung von 5 Jahren Gefängniß und 10 000 Francs Strafe endigte. Das Verdict ließ Rochefort nach Brüssel flüchten, wo er in der „Latern“ den Kampf fortsetzte, mit den Proskribirten vom Dezember, mit Viktor Hugo und dessen Söhnen in Verbindung trat und mit ihnen zusammen ein tägliches Blatt „Le Rappel“ begründete. Unterdeß wurden in Frankreich die Legislativwahlen von 1869 vorbereitet. Die „Latern“ und ihre Verurtheilungen hatten in erster Linie Rochefort als Kandidaten der Opposition bezeichnet; seine Kandidatur wurde im 7. Wahlkreis aufgestellt und hätte Erfolg gehabt, wenn ihr nicht Jules Favre entgegengetreten und mit Hilfe der Alexitalen und Bonapartisten Sieger geblieben wäre. Eine Nachwahl brachte Rochefort doch noch in die Kammer. Gambetta, der in Belleville und Marseille gleichzeitig gewählt, nahm die Vertretung der letzteren Stadt an, und das sozialistisch-republikanische Wahlkomitee von Belleville proklamirte Rochefort's Kandidatur. Ein junger Advokat, Delattre führte für den Abwesenden das Wort, als jedoch die Wähler darauf bestanden, Rochefort selbst zu sehen und zu hören, wurde er von einem Delegirten des Wahlkomitees nach Paris geholt. Auf französischem Boden ließ natürlich die Verhaftung des Laternenmannes nicht auf sich warten, doch wurde er bald wieder in Freiheit gesetzt, da die Regierung ernstliche Furcht vor einem Aufstand in Belleville hegte. Mit 18 000 Stimmen wurde er zum Vertreter von Paris (Viertel von Belleville) erwählt, und sein Erfolg verbreitete in den leitenden Kreisen einen solchen Schrecken, daß die französische Rente auf der Börse um 1 Francs 25 Cents sank. Der Kaiser zerbrach vor Wuth schäumend eine Rippfacke, und die Kaiserin, die sich gerade in Egypten befand, fiel in Ohnmacht. In der That war die Wahl Rochefort's von schwerwiegendster symptomatischer Bedeutung, sie kennzeichnete am besten den Umschwung, der sich in der Meinung des Landes vollzogen, und war eine Art Fehdehandschuh, den das Volk dem Empire offen hinwarf.

Jedoch die von hundertlei Formeln eingeengte parlamentarische Thätigkeit konnte Rochefort um so weniger befriedigen, als er sich als Redner nicht in seinem Elemente fühlte. So gründete er ein neues Kampfblatt, das er mit dem Namen der streng verpönten Nationalhymne „la Marseillaise“ belegte, und dessen Redaktionsbureau, ein großer Saal in La Villette, gleicherweise gekauft ward. Der Saal diente auch zu Versammlungen, besonders von solchen, die Rochefort in nähere Beziehungen zu seinen Wählern bringen sollten. Kaum hatte die „Marseillaise“ ihr Erscheinen begonnen, so wurden ihre Mitarbeiter mit Gefängnißstrafen, Geldbußen und Duellen förmlich überschüttet. In Folge eines Artikels, der die kaiserliche Familie besonders stark angriff, forderte der Prinz Plon-Plon (Peter Bonaparte) Rochefort heraus und ermordete in seiner Villa zu Anteuil Viktor Noir, welcher dem Prinzen eine Herausforderung Paschal Grousset's überbrachte. Die Ermordung des Journalisten fiel wie ein zündender Funken in die bereits gährende Erbitterung und Entrüstung gegen das napoleonische System. Mehr als hunderttausend Pariser führten den Ermordeten zu Grabe, und es hätte nur eines Aufruhrs Rochefort's zu den Waffen bedurft, um die Flammen des Zorns in einer Insurrektion auslösen zu lassen. Klourens wollte die Leiche durchaus nach Paris führen, Rochefort und Delescluze hinderten ihn jedoch daran, da sie die Zeit für einen Aufstand noch nicht reif genug hielten. Die Reserve, welche Rochefort bei diesem Ereigniß gezeigt, ist ihm vielfach von den Revolutionären vorgeworfen und auf Rechnung einer großen Furchtsamkeit, wenn nicht sogar Feigheit gesetzt worden, die in verschiedenen

Augenblicken seines Lebens zu Tage tritt. Rochefort dagegen erklärt seine Haltung durch den Umstand, daß mehr als zwanzig Regimenter kampfbereit standen und nur auf Ordre warteten, Republikaner und Volk niederzumegeln.

Trotz all dieser warnenden Vorfälle war die Regierung anmaßend genug, Rochefort abermals in Anklage zu versetzen und zu verurtheilen. Die Majorität der Kammer gab ihre Einwilligung, eines ihrer Glieder zu infanzieren, und so wurde Rochefort im Februar 1870 in St. Pelagie inhaftirt, wohin ihm nach und nach die meisten seiner Mitarbeiter folgten. Während der Monate die sie hier verbrachten hatte das Empire die Gährung der Volksmassen durch einen Krieg mit dem Ausland abzulenkten gesucht, aber kraftlos und zerfressen war es bei Sedan in sich zusammengebrochen. Der 4. September, welcher die Republik erklären sah, führte die Volksmassen, die Keinen vergaßen, der zu seiner Verteidigung die Stimme erhoben, vor St. Pelagie. Die Thore wurden zertrümmert und Rochefort ward im Triumphe nach dem Stadthause getragen und zum Mitglied der provisorischen Regierung ernannt. Er gab jedoch sehr bald, am 31. Oktober seine Entlassung, da er sich nicht zum Mitschuldigen von Trochu's und der Regierung Schwäche und Unentschlossenheit machen wollte. Am 31. Oktober, wo die Pariser die Preisgabe von Bourget hörten, erfuhren sie auch den Verlust von Metz, den man ihnen bis dahin verheimlicht hatte. Vor Schmerz und Grimm rasend, häufte sich die Menge vor dem Hotel de Ville, verlangte stürmisch einen Massenausfall und das Erscheinen der Mitglieder der provisorischen Regierung. Diese hatten jedoch nichts Eiligeres zu thun, als dem Sturm aus dem Wege zu gehen, mit Ausnahme des einzigen Rochefort, welcher sich zwei Stunden lang bemühte, die aufgeregten Massen zu beschwichtigen und die Truppen zu einem Ausfall zu bewegen, indem er versprach, sich selbst an ihre Spitze stellen zu wollen. Während dieser Zeit hatten seine hasenherzigen Kollegen durch die unterirdischen Gänge, welche das Rathaus mit der Kaserne Lobau verbinden, reguläre Truppen in demselben eingeführt und ließen die Menge verträtherisch niederstürzen. Rochefort protestirte gegen diese Tücke, indem er sofort aus der Regierung ausschied und als einfacher Artillerist in die Garde nationale eintrat. Zum Mitglied der Nationalversammlung von Bordeaux erwählt, demissionirte er gleichfalls, um die Abtretung von Elsaß-Lothringen nicht mit unterzeichnen zu müssen, und kehrte darauf nach Paris zurück, wo er das „Mot d'Ordre“ gründete. Mit seinem Herzen stand er auf Seiten der Kommune, wenn sich auch während der heroischen Erhebung wieder die oben erwähnte Jaghaftigkeit seines Wesens geltend machte und ihn zu einer Art Vermittlerrolle neigen ließ, die ihm von seiner Seite Dank einbrachte. In seinem Organ trat er ganz entschieden für die Pariser „Insurgenten“ ein und richtete heftige Angriffe gegen Thiers, Mac-Mahon und die ganze Sippe der Versailler. Da er jedoch die Hinrichtung der Geißeln bekämpfte hatte, so fürchtete er von der Kommune als verdächtig verhaftet zu werden und verließ Paris am 18. Mai 1871 um aus dem Regen in die Traufe zu kommen. Schon in Meaux wurde er von den Versaillern angehalten, vor das dritte Kriegsgericht gestellt und zur Deportation in eine Befestigung verurtheilt.

### Die Zunahme der Frauenarbeit.

Die Ausschließlichkeit des Berufes der Frau als Gattin, Mutter und Hauswirthin ist in den Ländern höherer industrieller Entwicklung, trotz aller heuchlerischen Schönredereien unserer Besigenden, längst durchbrochen, und insofern die Gegner der Frauen-Emanzipation auf die Unvereinbarkeit des weiblichen Wirkens im Hause mit der Ausübung öffentlicher Rechte und Pflichten sich berufen, werden sie durch die Thatsache widerlegt, daß die hauswirthschaftliche Rolle des Weibes sich seit langem schon mehr und mehr in eine volkswirtschaftliche, somit in eine öffentlich-rechtliche im weitesten Sinne allenthalben umgewandelt hat.

Die Frage, ob dieses Hinanstreten der Frau aus der Sphäre der Konsumtion (der Hauswirthschaft) in die der Produktion einen kulturellen Gewinn bedeute, soll hier nicht erörtert werden, sondern nur der Umfang jenes Umwandlungsprozesses bilden den Gegenstand dieser Darlegungen. Wir stützen uns dabei auf die englische Berufsstatistik, welche — neben der amerikanischen — wohl das reichhaltigste Material bietet, um die Heuchelei zu brandmarken, welche von der „Erhaltung des Berufes der Frau als Hausfrau“ heute noch spricht, nachdem das kapitalistische System längst dieses Stück Gesellschaftsordnung untergraben hat.

Nach den Daten des letzten, vor sieben Jahren durchgeführten britischen Census hat die Zahl der einen selbstständigen Erwerb ausübenden Frauen in Großbritannien die Höhe von mehr als 4 1/2 Millionen erreicht. Und in dieser Zahl nicht einbegriffen sind diejenigen verheiratheten Frauen, auf welchen als Gattinnen von Häuflern, Kleinbauern, Krämer, Gastwirthen u. A. oft die Hauptlast der gemeinsamen Arbeit ruht.

Nast die Hälfte jenes gewaltigen Heeres erwerbsthätiger Frauen ist in Fabriken, Läden und Werkstätten beschäftigt. Ein annähernd ebenso großer Theil findet in der häuslichen Arbeit (in der Hausindustrie, als Gefinde u. s. w.) Verwendung, und der geringfügige Rest von nicht ganz 1/12 der Gesamtzahl wird meist von den „qualifizirten“ Berufsarten, wie denen des Lehrers, der Krankenpflege, der Schauspielkunst und anderen gebildet.

Die Zahl der selbstständigen Unternehmerinnen be-

trägt nicht mehr als 1/174 sämmtlicher einem bestimmten Berufe angehörigen Geschlechtsgenossinnen. Die Frauen gelangen also noch seltener zur Selbstständigkeit wie die männlichen Lohnsklaven.

Hart an der Grenze des Verhungerns befinden sich die auf den Broderwerb durch die Nadel angewiesenen unglückseligen Geschöpfe, deren von der Berufsstatistik auf 641 000 bezifferte Anzahl von F. Mabel Robinson in einer der jüngsten Nummern der „Fortnightly Review“ noch als viel zu gering angeführt bezeichnet wird, da in London allein statt der 23,000 im Census verzeichneten derzeit 60 000 Frauen durch das Nähen ihr Leben fristen.

Die von demselben Autor mitgetheilten Löhne dieser Sklavinnen der Nadel kommen denen in anderen Ländern annähernd gleich. 6d., sonach in unserem Gelde etwa 50 Pfennig, bilden in London die Untergrenze des täglichen Verdienstes dieser Aermsten! Und selbst dieser Hungerlohn wird von der noch anspruchloseren Irländerin nicht selten unterboten, und nur bei ungemessener Arbeitszeit verdient. Unter den Näherinnen verhältnismäßig am besten gestellt sind die in einer Werkstätte Arbeitenden, wogegen den um Vieles schlechter entlohnnten auswärtigen Beschäftigten noch die oft sehr zeitraubende Pflicht des Hin- und Hergehens zur Ablieferungsstelle erwächst. Und doch muß selbst ein solch kümmerliches Dasein noch den Reid der Irländerin hervorgerufen, die sich nach Robinson's Angaben im kummervollen Wettstreit mit der Strickmaschine durch das Strumpfsticken während der Dauer eines Sommertages nur 1 1/2 d. (12 Pfennige) zu erwerben vermag.

Weit besser situirt als diejenigen, welche sich mit den von Alters her dem weiblichen Geschlechte zufallenden Handarbeiten befassen, sind die in der Fabrikarbeit ihren Erwerb Suchenden. Doch hat gerade diese Beschäftigungsart der Frauen die ernste Keitseite, daß die männlichen Arbeiter in Folge der Unterbietung seitens der Frauen immer mehr aus ihrem Berufe verdrängt werden. Das Schaupiel der mit entblößten Armen Schmiebearbeit verrichtenden Frau und des statt ihrer die Kleinen im Hause wartenden Mannes ist in England kein ungewöhnliches mehr. Die Zunahme weiblicher Arbeit und der jener entsprechende Rückgang der männlichen Beschäftigung ist eine progressive, und in dem zwischen den beiden letzten Volkszählungen liegenden Dezennium 1871/81 haben die Frauen in mehr als 30 Industriezweigen die Männer der Zahl nach überflügelt. Zur Zeit entfallen auf je 100 beschäftigte Männer in der Stahlfedererzeugung 118, in der Conwert-erzeugung 1105, in der Strohflechterei 890, in der Papier-, Sad- und Schachtelerzeugung 800, in der Anfertigung von Kunstblumen 639, in der Handschuh- und Knopfabrikation 600, in der Kiel- und Federnbereitung sowie beim Poliren von Metallen 500, beim Zwirnen 395, beim Spitzknöpfeln 290, im Lehrberuf 240, bei der Seiden- und Bandweberei 214, in der Stednadelherzeugung 213, in der Haar-, Borsten- und Modeartikel-Industrie 200, in der Hanf-, Flachs- und Leinen-Industrie 190, in der Wollstoffherzeugung 180, in der Baumwollverarbeitung 164, in der Spielwaren-Industrie 117, in der Strumpfmanufaktur 114, in der Buchbinderei 111, in den Lacharbeiten 110, in der Dedewebererei 105, in der Tuchmacherei 102 Frauen, und viele andere Industriezweige zeigen unverkennbar die Tendenz, Männerarbeit durch die der Frauen zu ersetzen.

In demselben zehn Jahren wuchs die Proportion der Frauen zu je 100 Männern im Herrenschneidergewerbe von 33 auf 50, in der Papier-Industrie von 65 auf 80, in der Teppichweberei von 47 auf 59, in der Schuhmacherei von 13 auf 20, im Papierhändlergeschäft von 34 auf 53, im Buchhändler- und Verlagsgeschäft von 15 auf 17 und in der Buchdruckerei von 2 auf 4.

Zur Illustrirung der Folgen, von denen die auf die Spitze getriebene gewerbliche Verwendung der Frauen und ihre Entfremdung von der Häuslichkeit heute begleitet sind, sei hier nur eine bezeichnende Thatsache angeführt. Nach den Erhebungen des hochverdienten englischen Fabrikinspektors Redgrave sank zu Beginn der Sechzigerjahre in denjenigen Distrikten, in welchen die Baumwollkrise am heftigsten wüthete, die Sterblichkeit der kleinen Kinder in auffallender Weise. Die in den Zeiten industrieller Anspannung den Kleinen so viel wie gänzlich fehlende Pflege kam ihnen zur Zeit totaler Geschäftsstodung zu statten. Die Pflege seitens der halbverhungerten Mütter bot den Kindern reichlichen Ersatz für die auch sie treffende Nahrungseinbuße!

### Politisches und Sozialpolitisches.

Der Reichstag tritt am Montag zu einer Sitzung zusammen und dürfte dann Dienstag oder Mittwoch geschlossen werden.

Der sächsische Landtag, dessen Schluß bereits für den 23. d. M. in Aussicht genommen war, wird seine Sitzungen am Sonnabend wieder aufnehmen. Die Landtagssession wird in Folge dessen vermuthlich erst nach den Osterferien geschlossen werden.

Die Arbeiterpetitionen gegen die Grundzüge der Alters- und Invalidenversorgung sind, wie die „Hamb. Ref.“ erfährt, bereits mit 120 000 Unterschriften bedeckt. Da noch Tausende von Petitionen im Lande zirkuliren, so wird mit Sicherheit auf die Verdoppelung der Ziffer gerechnet.

Ueber den Truckenfug, unter dem die armen Korbflechter in Oberfranken (am oberen Main, um Lichtenfels und Kronach) leiden, giebt Dr. Sax in einer kürzlich erschienenen Schrift nähere Mittheilungen. Erst über-vortheil der Händler die armen Hausindustriellen durch zu theuere Berechnung des Rohmaterials der Weiden; bei der Bezahlung für die gelieferte Arbeit beginnt die Uebervortheilung vielfach von neuem durch Bezahlung mit Waaren, statt der baaren Ablöschung. Schon vor Jahrzehnten mußten die Arbeiter die unfirnigsten Waaren, welche für sie kaum einen Werth hatten, von den Kaufleuten als Bezahlung für ihre Produkte annehmen, da fast jeder Verleger einen Materialladen nebenbei führte. Die Gewerbeordnung kam mit ihrem Verbot des Truckensystems, änderte aber, wie Sax ausführlich belegt, an dem sozialen Ausnahmestande des oberfränkischen Korbflechterbezirks gar nichts. Noch im Jahre 1883 wird im Berichte des Lichtenfelder Handelsrathes das große Wort gelassen ausgesprochen: „Ein Gesetz dagegen giebt es nicht!“ Im Jahre 1884 endlich, als sich die Arbeiter unter dem unsäglichen Druck der Verhältnisse zur Gründung eines Fachvereins aufrüsteten, schritt die bayerische Regierung energisch ein. Von da ab hörte zwar das Waarenzahlen als allgemeine Plage mehr und mehr auf. Aber das größere Uebel, die Abgabe der Arbeitsstoffe, blieb unberührt und ist bis zur Stunde herrschender Brauch im ganzen Industriegebiet. Die Korbhändler nehmen dieselbe als ein wohlverbrieftes Recht in Anspruch, das Gesetz, welches nur bei der Abgabe von Nahrungsmitteln vorschreibt, daß der Selbstanschaffungspreis nicht überschritten werden darf, sanktionirt das Treiben formell und so kann unser gewissenhafter Gewährsmann aus der frischesten Wirklichkeit traurige Einzelheiten davon erzählen, wie den geplagten Korbflächtern auch noch ihr larger Lohn geschmälert wird durch die Anrechnung unverhältnismäßiger Summen für den Rohstoff. Die Zwangspreise der Korberleger differiren von den freien Preisen der Rohstoffhändler, die es in den meisten Dörfern giebt, mitunter um 50 pCt. Gewöhnlich bewegt sich der Unterschied um 10 und 30 pCt. Es sind unglaubliche Summen, die noch jetzt alljährlich den Arbeitern auf solche Weise entzogen werden. Sax hat nach dem Lieferbuche eines Korbmachers für den Zeitraum eines Jahres die Summen, welche der betreffende Arbeiter an den Verleger für Rohstoff bezahlen mußte, aufgestellt und daneben die Preise gesetzt, welche vom Materialhändler für dieselben Artikel berechnet werden. Darnach resultirt ein Unterschied von nicht weniger als 100 Mark zu Gunsten des Korbwaaren-Auskäufers und zum Schaden des Arbeiters. Diese Summe, binnen Jahresfrist an einem Korbmacher verdient, der nur mit seiner Frau arbeitet, vervielfältigt sich natürlich mit der Zahl der beschäftigten Personen und dem Umfange ihres Betriebes. Hat also der Verleger 2—300 Arbeiter, so hat er ebensoviele 100 Mark im Sa. „Da ist es denn freilich leicht, die Körbe fortzuschicken, wie man sie einkauft, d. h. ohne weiteren Preisaufschlag. Man macht eben sein Geschäft schon mit dem Rohstoff.“

Würdig des Umstandes, daß hervorragende französische Possibilisten Mitarbeiter an dem „Cri du Peuple“ sind und keinen Protest erheben, wenn dieses Blatt den Deutschenhaß predigt, ist die weitere Thatsache, daß dieses Blatt für den „tapferen General“ Boulanger Stimmung macht, und in Labruyère einen Redakteur hatte, der bereits direkt als Polizeiaгент denunzirt, auf alle Fälle aber ein politisch-journalistischer Landsknecht ist. Um Allem die Krone aufzusetzen, scheidet der bewußte Labruyère gegenwärtig aus dem „Cri du Peuple“ aus, um Hauptredakteur der „Cocarde“ zu werden, eines boulangistisch-järsaristischen Blattes, das einen Staatsstreich vorbereiten soll und zwar, in Nachahmung des „Kleinen Napoleon“, einen solchen, der unter der Maske des Demokratismus durch und auf Kosten des Volkes ermöglicht werden soll. Der „Cri du Peuple“ hat demgegenüber nicht bloß die Unverfrorenheit (das wäre noch zu gelinde gesagt!), sondern die Schamlosigkeit, der neuen Zeitung ein herzliches Willkommen zu wünschen! Wenn die Possibilisten nach diesem Vorgang noch Mitarbeiter am „Cri du Peuple“ bleiben und keinen Protest einlegen, so richten sie sich, d. h. die Führer, nicht etwa die ehrliche Masse der Fraktion, härter, als es die Worte des schärfsten Tadelers vermöchten. Den Kern der französischen Sozialisten trifft dieser Vorwurf natürlich nicht im Geringsten; dieser hat sich stets frei von allen chauvinistischen und absolutistischen Neigungen gehalten.

Ueber den Sozialismus in Rumänien erhält das Wiener Arbeiterblatt aus Bukarest folgende Zuschrift: Man darf sich keinen besonderen Illusionen hingeben wegen der kürzlich erfolgten Wahl des Sozialisten Mortun (Mortun) in's rumänische Parlament, wie man überhaupt den spezifisch rumänischen Sozialismus nicht ganz für waschecht halten darf. Mortun ist ein wohlhabender Mann in Jassy, welcher jedenfalls eine bessere Bildung genossen hat, und welcher im Vereine mit einem gewissen Universitätsprofessor und jetzigen Inhaber eines Institutes (Privatschule für Kinder reicher Leute) 3 rumänische Zeitschriften herausgiebt, und zwar die „Revista socială“ (soziale Revue), ein wissenschaftlich gehaltenes Blatt, den „Contemporanul“ (der Zeitgenosse) und den „Muncitor“ (Arbeiter). Es bleibt außerdem noch abzuwarten, ob sich bei der großen Masse der Deputirten nicht ein Kniff in Anwendung bringen läßt, den Sozialisten aus der Kammer zu entfernen, und wird wohl in Balde die Wahlprüfungs-Kommission darüber Aufklärung schaffen. Jedenfalls ist es ein erfreu-

liches Zeichen, daß sich immerhin Männer finden, welche den sozialistischen Lehren auch unter dem rumänischen Volke Eingang verschaffen und ist dies ja schon eine recht bedeutungsvolle Thatsache. Noch wäre aber zu bemerken, daß, da die Masse des rumänischen Volkes überhaupt jeder Bildung baar ist, unsere Lehren gerade unter den gebildeten Kreisen am meisten Eingang finden, so giebt es Professoren, Lehrer, Advokaten, Kadetten, Offiziere etc., welche sich zum Sozialismus bekennen. In Bukarest sind es vor Allem zwei Advokaten, Mille und Ganescu (ferner der junge Kofetti), welche die Organisation der Arbeiter ziemlich energisch betreiben. So wurde vorigen Herbst ein Verein der Eisen- und Holzarbeiter, der Schuhmacher und ein allgemeiner Arbeiterverein, „Circle Muncitor“, desgleichen ein Wochenblatt, die „Desrobirea“ = Entsklavung, gegründet. Ich fürchte allerdings, daß die Sache viel zu viel in's selbsthilferische Lager geräth — allein die Arbeiter lernen sich vereinigen, einige von ihnen werden schließlich die politische Seite in den Vordergrund zu bringen wissen und so wird es eben doch vorwärts gehen.

Der Schweizerische Bundesrath fordert von der Bundes-Versammlung 20,000 Francs, hauptsächlich um die fremden Spione und agents provocateurs zu überwachen. Aus der Begründung der Forderung heben wir Folgendes hervor: „Mit Beschluß vom 27. Januar haben wir Ehrenberg, Schopen und Mezler den Aufenthalt auf Schweizer Gebiet verboten, den Spion Haupt des Landes verwiesen und, weil bei Schröder das Bundesstrafrecht nicht anwendbar war, es der Regierung von Zürich anheimgestellt, gegen denselben das kantonale Strafverfahren eintreten zu lassen. Gleichzeitig haben wir die Fortsetzung des Untersuchungsverfahrens gegen verschiedene andere Personen angeordnet. Im Weiteren ist die Regierung des Kantons Zürich eingeladen worden, darüber zu wachen, daß die aus dem Bureau des „Sozialdemokrat“ hervorgehenden Publikationen künftig keine Aufregungen und keine beschimpfenden oder beleidigenden Ausfälle gegen befreundete Nationen, deren Staatsoberhäupter und Regierungen enthalten, widrigenfalls wir ernsthafte Maßnahmen treffen müssen. Gleichen Tags haben wir die deutsche Gesandtschaft in Bern mündlich davon in Kenntniß gesetzt, daß die am meisten kompromittirten Personen bezahlte Agenten der deutschen Geheimpolizei seien, und gleichzeitig die Erwartung ausgesprochen, es möchten ähnliche Erscheinungen, die unsere Aufgabe wesentlich erschweren, sich in Zukunft nicht wiederholen. . . . Es habe sich übrigens herausgestellt, daß, wenn Erscheinungen dieser (völkerrechtswidrigen) Art, in

der Presse oder in öffentlichen Versammlungen vorgekommen seien, öfters fremde Polizeiaagenten Anstifter und Leiter derselben gewesen seien. Wir haben daher wiederholt die bestimmte Erwartung ausgesprochen, es werde die kaiserliche Regierung, in Mißbilligung des Treibens solcher Agenten, ihren Polizeibehörden, sofern es noch nicht geschehen wäre, die nöthigen Befehle zur Verhütung ähnlicher Vorgänge ertheilen. . . . (Um der schweizerischen politischen Polizei die nöthige feste Organisation zu geben, handelt es sich jetzt darum, das von Herrn Nationalrath Müller (in seinem 1885 über die anarchistischen Umtriebe als Generalprocurator erstatteten Gutachten) in vorzüglicher Weise formulirte Programm auszuführen, insbesondere uns die Möglichkeit zu verschaffen, in allen Theilen des schweizerischen Gebietes die Thätigkeit der Spione, die gerade als solche fast **naturnothwendig in agents provocateurs sich verwandeln**, gründlich verfolgen zu können. Zur Verwirklichung dieses Planes hat unser Justiz- und Polizeidepartement die Absicht, sich mit den Polizeibehörden derjenigen Kantone in Verbindung zu setzen, welche in Folge der zahlreichen Bevölkerung einzelner Ortshafte ganz besonders den Umtrieben ausgesetzt sind, die wir bekämpfen wollen. Wir studiren die Anordnungen, welche mit ihnen vereinbart werden müssen, damit wir immer und so genau als möglich orientirt seien. Wir werden die erhaltenen Aufschlüsse sammeln und uns bereit halten, jederzeit den Umständen gemäß handeln zu können, um die Landesinteressen und unsere innere und äußere Sicherheit zu wahren.“ — Die Schweiz ist also wirklich dabei, ihre Polizei zu vermehren, um die Polizeiagenten anderer Staaten zu überwachen! Ein herrlicher Zustand fürwahr!

Das preussische allgemeine Ehrenzeichen, welches auf Antrag des Staatsministers von Puttkamer die Herren Raporra und Zhring-Mahlow als eklatante Genugthuung erhielten, haben vier preussische Lehrer, welche die gleiche Auszeichnung empfangen sollten, nämlich die Herren Ruding-Bromberg, Wirison-Gumbinnen, Jeschke-Schwiebus und Diehle-Brieg dankend abgelehnt.

Unter den Hausarbeitern der Strumpfwirkerbranche in Krummhermersdorf bei Flöha (Sachsen) ist neuerdings ein furchtbarer Nothstand ausgebrochen, in Folge dessen von den 2400 Einwohnern von Krummhermersdorf nicht weniger als 600 der öffentlichen Unterstützung anheim gefallen sind, unter denen sich 166 Familienväter befinden! Bisher verdiente nach der „Frankf. Ztg.“ ein Weber auf

dem Handstuhl 2—3 Mk. wöchentlich, auf dem eisernen Stuhl 8—9 Mk.! Nun ist es auch damit vorbei!

Die letzte Laffallefeier in Grünau soll nun doch ein Nachspiel vor den Gerichten haben. 13 Teilnehmer sind wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Beamtenebeleidigung und wegen ähnlicher Dinge angeklagt. Neben zahlreichen Entlastungszeugen sind nicht weniger als 27 Gensdarmen und Kriminalschutzleute als Belastungszeugen geladen. Termin ist noch nicht festgesetzt.

**Elberfeld.** Seit Wochen schon hatte die Polizei Kenntniß davon, daß die Sozialdemokraten die Vertheilung eines Flugblattes beabsichtigten. Die Wohnungen des Reichstagsabgeordneten Harm und der anderen bekannten Führer waren polizeilich bewacht und ebenso die Druckerei des hiesigen Arbeiterorgans. Trotzdem sind am 10. und 11. d. M. unzählige Exemplare eines Flugblattes: „Ein Gedenkblatt zum 21. Februar 1887“ — wie es heißt, 20,000 Stück — vertheilt worden, ohne daß die Polizei auch nur einen der Vertheiler abgefangen hätte.

**Der Arbeiterverein zu Dresden-Neustadt** hat in seiner letzten Sitzung beschloffen, von Zeit zu Zeit die Namen derjenigen Gastwirthe und Restaurateure in den Zeitungen bekannt zu machen, welche Sozialdemokraten aus ihren Lokalitäten ausgewiesen oder die Hergabe ihrer Räumlichkeiten zu Arbeiterversammlungen verweigert haben. Wie in jener Versammlung berichtet wurde, haben sich einzelne Wirthe neuerdings sogar geweigert, den freien Hilfsklassen ihre Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

**Die Bernauer Arbeiter** wollten vorigen Sonnabend in öffentlicher Versammlung Stellung zu der Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter nehmen, etwa in der Art, wie es das Flugblatt des Herrn Schöck-Magdeburg andeutet. Der Einberufer, Herr Schibolshy, erhielt darauf folgende Antwort: Bernau, den 7. März 1888. Auf Ihren Antrag vom 4. d. Mts. theilen wir Ihnen hierdurch mit, daß die Genehmigung zur Abhaltung der am 10. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr, im Schützenhause, beabsichtigten Arbeiterversammlung nicht erteilt wird. Die Polizei-Verwaltung (Unterschrift des Bürgermeisters) Paegold. — Bei diesem Zweig der Arbeiterversicherung scheint man in Bernau also nichts mehr zu fürchten, wie das Urtheil der Arbeiter. Der Wirth hatte schon kurz vorher sein Lokal zurüdgezogen, natürlich aus eigenem Antrieb.

**Verbote auf Grund des Sozialistengesetzes.** Der Regierungspräsident von Wiesbaden verbietet die in Zürich herausgegebene nichtperiodische Druckschrift „Sturm“. — Die Regierung von Düsseldorf verbietet die nichtperiodische Druckschrift „Gedenkblatt“ an den 21. Februar 1887. Arbeiter, Handwerker, Bürger — beginnend: „Als vor Jahresfrist in Deutschland der Wahlfampf etc.“ schließend mit den Worten: „Dann wird das Banner der Freiheit wehen und die Sozialdemokratie wird triumphiren.“ Weiter verbot die Kreisshauptmannschaft zu Dresden die Druckschrift: „Amsekrufe.“ Neue Strophen von Karl Henschel. Zürich. Verlagsmagazin. (J. Schabelitz.) 1888, sowie nochmal (doppelt hält besser) die Druckschrift: „Sturm.“ Zürich 1888. Verlagsmagazin. (J. Schabelitz.)

## Cigarren u. Tabake

reichhaltiges Lager

von

C. Klein.

15. Ritterstraße 15.

Dieselbst Zahlstelle der Cigarren u. Bronceur (C. S. 60.)

## Umzugshalber

empfehlen

**Maschinen aller Systeme**  
auch auf **Theilzahlung**  
zu **bedeutend herabgesetzten Preisen**

Gotthold Apelt,

Berlin S. O., Skalitzerstr. 24 a.

Zur Anfertigung jeder Buchbinderarbeit in sauberster Ausführung bei soliden Preisen empfiehlt sich

A. Brandt, Adalbertstr. 14, 1 Tr.

Aufträge werden auf Wunsch abgeholt.

Meinen werthen Kunden und Freunden zur Nachricht, daß sich meine Glaserei, Spiegel- und Bildereinrahmung vom 1. April ab

Brangelstraße 32 part.

besteht.

Karl Scholz,

bisher Eisenbahnstr. 36 b. I.

## Für Halle a. S.

Bei Bedarf gediegener und gestreicher Bekleidung setze man sich mit der unterzeichneten

**Kolportage-Buchhandlung**

in Verbindung, von welcher folgende Zeitschriften angenommen werden:

1. Berliner Volkstribüne 4 Nr. M. 0,15. Vierteljährl. Abonnement 13 Nr. „ 1,50.
  2. „Für guten Stunde“ 4 Hef. „ 0,50.
  3. Internationale Bibliothek „ 0,50.
  4. „Neue Zeit“ „ 0,50.
- überhaupt alle in Kolportagegeschäfte eingreifende Schriften — (mit Ausnahme Räubergeschichten).

Erlaube meine werthen Freunde dem oben Angeführten die größte Verbreitung zu Theil werden zu lassen.

Hochachtungsvoll

G. Richter,

Kolportagebuchhandlung.

5. Vereinsstraße 6.

## Zudenwalde.

Abonnenten für die „Berliner Volks-Tribüne“ nimmt stets entgegen

Wilhelm Struck,

Stift-Str. 4.

## Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin

von

Julius Apelt, Sebastianstraße 27-28.

Reelle Waare. Prompte Bedienung.

Die

## „Münchener Post“.

Unabhängige Zeitung für Jedermann aus dem Volke, herausgegeben von L. Biersch, bringt täglich Leitartikel über politische und soziale Tagesfragen, eine wohlgeordnete politische Uebersicht der wichtigsten Ereignisse im In- und Auslande, fortlaufende Nachrichten über die deutsche Arbeiterbewegung, ausführlichste Berichte aus dem deutschen Reichstage und über die wichtigsten Vorgänge im preussischen und sächsischen Landtage, interessante Feuilletons, Plaudereien und Schilderungen des Münchener Lebens.

Die Schreibweise der „Münchener Post“ ist entschieden, kernig und populär. Probenummern auf Verlangen gratis und franco.

Die „Münchener Post“ erscheint täglich in Stärke von 8 Seiten Text und bringt ihren Lesern zugleich allwöchentlich die illustrierten, humoristisch-satyrischen **Gratis-Beilagen**

„Der schwarze Rabi“

und

„Münchener Postillon“

mit Beiträgen aus den Federn unserer beliebtesten Humoristen. Diese Beilagen, wie sie keine andere deutsche Zeitung ihren Lesern zu bieten vermag, sollten allein einen Jeden zu einem **Probe-Abonnement** veranlassen, zumal der überaus billige Preis von nur

M. 2,10 bei eigener Abholung, M. 2,55 bei fr. Zustellung in's Haus pr. II. Quartal

wohl von jedem Zeitungsleser aufgebracht werden kann.

Die „Münchener Post“ ist im bayerischen Post-Zeitungskatalog unter Nr. 491 a,

im Reichspostkatalog unter 3866 a. II. Nachtrag eingetragen, worauf Jeder achten wolle, falls seitens der betreffenden Post-Expedition das Abonnement nicht angenommen werden sollte. Recht zahlreichen Abonnements sehen entgegen

Redaktion und Verlag der „Münchener Post“,

München.

Allen Freunden und Genossen empfehlen wir unsere

Cigarren- und Tabak-Fabrik und -Handlung.

**Ballmüller & Steinicke,**

Aderstraße 22, Hof part.,

neben der Markthalle.

☛ Sonntags bis 2 Uhr geöffnet. ☛

## Die beste Weisse

gibt es bei

W. Brodahl,

Stalickerstraße 18 im Keller.

## Sämmtlichen Klavierarbeitern zur Nachricht,

daß die Kollegen der Werkstätte Hubisch & Reises (jetzt Gude u. Reises), Reichenbergerstraße 124, wegen Lohn Differenzen die Arbeit niedergelegt haben. Wir ersuchen, den Zugang fernzuhalten.

Im Namen des Vereins zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter.

Der Vorstand.

## Gauverein der Maler Berlins. Vereins-Versammlung.

Dienstag, den 20. d. M., Abends 8 1/2 Uhr,

im Restaurant Reyer, Alte Jakobstr. 63.

Tagesordnung:

1. Kassenbericht.
2. Bericht über die Fachschule.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

## Freie Vereinigung der Vergolder und Fachgenossen.

Die Genehmigung zu unserer Versammlung am Montag, den 19. März ist verjährt. Siehe Vereinsnachrichten.

## Oeffentliche Versammlung

sämmtlicher Steinmehnen Berlins,

am Mittwoch, d. 21. März 1888,

in Ahlgrimm's Salon, Sophienstr. 34.

Tagesordnung:

Wahl zweier Delegirten zum Kongress nach Hannover. Diskussion. Fragelasten.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Einberufer.

## Fachverein der Tischler.

Montag, den 19. März, Abends 8 1/2 Uhr,

in Jordan's Salon, Neue Grünstr. 28,

**Versammlung.**

Tagesordnung:

1. Der Maschinenbetrieb im Tischlergewerbe.

Referent Herr Millarg. 2. Vereinsangelegenheiten.

3. Fragelasten. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Die neuen Kataloge der Vereinsbibliothek werden ausgegeben. Mitglieder, welche noch Bücher aus der Bibliothek in Händen haben, werden ersucht, dieselben in die Versammlung mitzubringen.

Der Vorstand.

## Verband deutscher Zimmerleute. Lokal-Verband Berlin Nord, Versammlung.

Mittwoch, d. 21. d. M., Abends 8 1/2 Uhr,

Görlinerstr. 17.

Tagesordnung:

1. Vortrag über: „Denken und Handeln“, Herr Dr. Wendendorf.

2. Wahl eines Hilfsstärkerers.

3. Verschiedenes und Fragelasten.

Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste sind willkommen.

Der Vorstand.

## Versammlung

des

Vereins zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter

heute, Sonnabend, 17. März, Abends 8 1/2 Uhr,

Gratwiler'sche Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79, Saal 1. Treppe.

Tagesordnung:

1. Fortsetzung der Statutenberatung.

2. Werkstattangelegenheiten.

3. Vereinsangelegenheiten und Fragelasten.

Mitgliedsbuch legitimirt.

Der Vorstand.

An Expediteure und Kolporteure

liefern wir die vollständigen Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten (Beilagen

Nr. 5, 6, 7) zum Preise von 20 Pf.

Wir bitten um umgehende Bestellungen.

Einzelverkauf 30 Pf.

Expedition der „Berliner Volks-Tribüne“.

[Nachdruck verboten.]

## Nur ein Mädchen.

Von Bruno Wille.

In einem Kontor arbeiteten beim zitternden Lichte des Gases mehrere Handlungsgehilfen. Alle zeigten große Emsigkeit; mit nervöser Hast wurden die Federn von Zeile zu Zeile geführt und ungestüm in die Tinte getaucht, damit kein Atom der kostbaren Zeit verloren ginge. Das Krächeln der Federn, das Zischen der Flammen, Papiergeräusch und unterdrücktes Husten waren das einzige Geräusch im Zimmer.

Einen der Schreiber schien die Arbeit besonders anzustrengen. Es war ein hagerer junger Mann mit zartem Gesicht, dessen Blässe durch blaue Augengläser noch gehoben wurde. Das weiche blonde Haupthaar war über Stirn und Schläfe gelichtet; die peinliche Nähe der Gasflamme mochte daran schuld sein. Der junge Mann blätterte in einem großen Buche, schrieb und blätterte wieder, durchschloß einen Stoß Papiere, schrieb und wühlte von neuem, mit der bangen Hast eines geheizten Wildes. Plötzlich hielt er mit dem Suchen inne, anscheinend rathlos vor Verwirrung, und starrte trübe vor sich hin. Dann strich er mit der Hand über sein Gesicht, so daß der blaue Kneifer abfiel, und ließ mit einem schweren Seufzer den Kopf auf beide Arme sinken.

Ein alter Mann wandte sich nach dem Seufzenden um und betrachtete ihn eine Weile; es schien, als wollten seine grauen Augen aus dem runzligen Gesicht herauspringen, um den blassen Menschen zu peinigen. „Nun?“ rief er mit schwächlicher und doch harter Stimme: „warum arbeiten Sie nicht?“

Der junge Mann richtete sich müde empor, drehte sich halb nach dem Alten um und sagte kleinlaut: „Ich kann nicht mehr.“ Ein schmerzliches Zucken ging über sein Gesicht. Die Augen waren roth umzogen und thränten.

„Sie können nicht? Ha, warum denn nicht?“

„Meine Augen thun so weh.“

„Ihre Augen thun weh?“ höhnte der Alte. „Denken Sie etwa, daß die meinigen angenehm jucken? Das heißt eben arbeiten. Kümmeren Sie sich nicht um ihre Augen, sondern arbeiten Sie! Ihre Augen gehn das Geschäft garnichts an; das Geschäft fragt nur nach Ihrer Arbeit; es bezahlt regelmäßig und kann auch regelmäßige Arbeit verlangen.“

Der Handlungsgehilfe hatte sich mit Ergebung die Augengläser wieder aufgesetzt und fuhr fort zu schreiben.

Der Geschäftsführer betrachtete ihn noch immer mit bössartigen Blicken und schien zu überlegen. Schließlich sagte er: „Kommen Sie einmal her! Lassen Sie Ihre Augen sehen!“

Der Schreiber kam und ließ seine entzündeten Augen besichtigen. Sie sahen wirklich schlimm aus.

Der Geschäftsführer fuhr grimmig auf. „Möglicherweise noch krank werden! Jetzt, unmittelbar vor Weihnachten, wo uns die Arbeit über dem Kopf zusammenschlägt! Und da thun Sie nichts für Ihre Augen, salben Sie nicht? Sie Pflichtvergessener, Sie!“

Der Handlungsgehilfe entgegnete schüchtern: „Ich möchte wohl zum Arzt gehen; aber wir haben ja keine Zeit.“

„Was? Ich soll Ihnen wohl noch frei geben? Das wäre Ihnen gerade recht! Und dann . . . zum Arzt gehen! Mensch, das kostet ja Geld! Sie wollen ein Kaufmann sein? Da geht man zur Poliklinik, wo man unentgeltlich untersucht wird! (Der Alte sah nach der Uhr). Noch nicht sieben! Die Poliklinik ist noch geöffnet. Machen Sie, daß Sie fortkommen!“

Der junge Mann fuhr hastig in seinen Ueberzieher und eilte hinaus. Der Alte sah sich mit den Blicken eines Raubvogels im Kontor um. Die übrigen Schreiber duckten sich und krugelten emsig. Ein Kälteschauer ging durch den Raum. Der Alte hüftelte vor Erregung.

Der Handlungsgehilfe trat auf die Straße, wo ihn sogleich das Treiben der Großstadt umfing. Wagen rasselten, Hufe klapperten, eine bunte Menge bewegte sich durcheinander. Aus allen Läden strömte Licht und lodte die Leute herbei zur Besichtigung der ausgestellten Gegenstände. Vor einem wohl ausgeschmückten Schaufenster standen viel Kinder und Frauen mit heiteren Gesichtern und Augen, die vor Weihnachtshoffnung glänzten. Der Handlungsgehilfe eilte an ihnen vorbei mit bitteren Gefühlen. Sie mochten sich wohl freuen, aber er! Was ihre Augen verkündete, erfüllte sein Herz mit Bekümmerniß. Denn für ihn brachte das Fest nur erdrückende Arbeit; ja wirklich, sonst nichts. Worüber sollte er sich wohl freuen am heiligen Abend? Er besaß keine Familie mehr, nicht einmal einen Freund, der mit ihm zusammen ein Glas Punsch hätte trinken können. Die Behmuth allein würde ihm Gesellschaft leisten in seinem ärmlichen Stübchen.

Die Klinik für Augenkranken war erreicht. Der Handlungsgehilfe stieg die Treppe empor und betrat das Wartezimmer. In demselben befanden sich mehrere Patienten ärmlichen Standes, welche alle Augenbinden oder Brillen trugen. Der Ankömmling grüßte und nahm bescheiden Platz.

Wie er so saß, beschlich ihn schwere Bangigkeit. War

der Geruch von Medikamenten daran schuld, welcher die Nähe der Krankheit verkündet? Oder die trübe Beleuchtung? Oder die Stille, die nur zuweilen unterbrochen wurde durch einen Seufzer oder durch das Wimmern eines Knaben mit verbundenen Augen, welcher auf dem Schooß seiner Mutter saß! — Und nun kamen allerlei trübselige Gedanken, deren einer flüsterte: „Warum lebst du eigentlich? Was hast du vom Leben? — Und der junge Mann überschaute sein Leben.“ Die Vergangenheit dehnte sich hinter ihm so einformig grau, wie eine öde, abgestorbene Steppe; und von dem, was vor ihm lag, vermochte er nichts anderes zu unterscheiden, als ein Pult, Papier mit Reihen von Zahlen und eine zitternde Gasflamme. Ja, wozu lebte er eigentlich? — Der blasser Mensch seufzte und das augenkranken Knäblein wimmerte.

Da öffnete sich die Thür, und der Handlungsgehilfe wurde in das Untersuchungszimmer geladen.

Der Arzt saß im Lehnstuhl und betrachtete prüfend den Eintretenden. „Was sind Sie?“

„Handlungsgehilfe.“

„Wie lange schreiben Sie täglich?“

„Von acht bis eins und von drei bis nach acht; jetzt wird es auch wohl neun.“

Der Arzt machte eine Geberde des Unwillens. „Zeigen Sie Ihre Augen!“

Der Arzt untersuchte aufmerksam und lange; schließlich sagte er: „Es sieht schlimm mit Ihnen. Sie dürfen für längere Zeit keine Zeile schreiben. Lassen Sie sich einen Urlaub von sechs Wochen geben.“

Jäher Schreck durchzuckte den jungen Mann. Er stand eine Weile starr und sprachlos. Endlich stammelte er: „Ich bekomme keinen Urlaub.“

„Sie müssen“, entgegnete der Arzt streng. „Wenn Sie nicht die Energie haben, den Urlaub durchzuführen, werden Sie ohne Gnade blind.“

Blind! — Ein Schwindel erfaßte den Augenkranken.

Es kam ihm vor, als flutete ein unheimlich schwarzer Nebel über die Welt dahin und verschlinge mit graufiger Gier alle die prangenden Formen und Farben, die ganze Welt. Diese Vorstellung hatte etwas so Furchtbares, daß der Patient unfähig war, die weiteren Worte des Arztes zu vernehmen. Er starrte ihn an und verließ dann verwirrt und taumelnd die Klinik. Sinnlos eilte er über die Straße; ein Wagen drohte ihn zu überfahren; ein Gepäcsträger stieß mit Wucht an seinen Kopf, der arme Mensch stöhnte vor Schmerz.

Als er vor dem Geschäftshause angelangt war, überfiel ihn solche Angst, daß er zögerte einzutreten. Zitternd öffnete er die Thür des Kontors.

„Sie kommen sehr spät!“ sagte der Geschäftsführer mit scharfer Stimme. „Sie haben viel nachzuholen. — Nun? Haben Sie Salbe?“

„Der Arzt“, stammelte der junge Mann mit matter Stimme, „der Arzt meinte, ich müßte Urlaub bekommen.“

Der Alte fuhr zurück. „Urlaub?“ sagte er grimmig und warf die Feder hin. „Sind Sie verrückt? Jetzt unmittelbar vor Weihnachten Urlaub? Ein solches Opfer unterstehen Sie sich dem Geschäfte zuzumuthen?“

„Aber der Arzt . . .“

„Zum Teufel mit dem Arzt! Was fragt ein Arzt nach dem Geschäft! Er sieht nur seinen Kranken, aber nicht, was damit zusammenhängt, die höheren Interessen.“ Da rief der Augenkranke mit Seelenangst: „Dann werde ich ja blind!“

Der Alte stuzte. „Wie so? — Ja, was hat denn eigentlich der Arzt gesagt? Erzählen Sie doch einmal!“

„Er hat gesagt, wenn ich nicht Ruhe bekäme . . . ach, nur ein paar Wochen . . . seien Sie barmherzig . . . sonst muß ich ja erblinden . . . bedenken Sie doch, erblinden!“ Der Handlungsgehilfe betrachtete den Geschäftsführer mit qualvoller Spannung.

Dieser starrte den Augenkranken an, spitzte die Lippen zu einem hauchenden Pfiff und schien zu überlegen. Dann warf er einen Blick auf die übrigen Schreiber, räusperte sich und sagte mit ruhiger kalter Stimme: „Ja, was glauben diese jungen Leute eigentlich? Wofür halten sie sich denn? Da meint jede Schreibeseele, wunders wie werthvoll sie sei . . . ganz unentbehrlich für's Geschäft, nicht wahr? — O, Sie irren sich gewaltig! Heutzutage bedeuten sie gar nichts mehr; heutzutage ist alles Maschine, und sie sind bloß Mädchen; ja, ganz recht, Maschinenrädchen! Der eine kopirt, der andere schreibt Adressen, kurz jeder hat eine einzige mechanische Berrichtung; weiter hat er nichts gelernt. Sie sind gar keine Kaufleute, Sie sind Mädchen. Und an solchen Mädchen ist ja, Gott sei Dank, kein Mangel. Hundert für eins kann man heutzutage haben. Versuchen Sie es doch, gehen Sie zu andern Geschäften! Da hat man keine Lücke, da ist alles besetzt.“ Der Geschäftsführer ließ seine Augen hämisch umhergehen, während die Schreiber vor Demuth fast in sich selbst hineinkrochen. Dann wandte er sich zu dem bleichen jungen Manne: „Ja, was ich sagen wollte . . . und Sie sind auch solch ein Mädchen, nur ein kleines, unbedeutendes Mädchen. Und jetzt noch dazu lädirt, abgenutzt! Es stimmt doch, habe ich nicht Recht? Und nun verlangen Sie, daß sich die ganze Maschine nach Ihnen richten soll? Ist das nicht Vermessenheit? Seien Sie einmal ehrlich! (Hier klang die Stimme ganz väterlich).

„Gut! Was thut nun ein vernünftiger Maschinenmeister, wenn ein Mädchen schadhast geworden ist? Er nimmt es heraus und setzt ein neues ein; ganz einfach! Was also Ihren Urlaub betrifft (nun wurde die Stimme frostig), so bleiben Sie immerhin aus dem Geschäft, so lange Sie wollen; aber wundern Sie sich nicht, wenn später Ihre Stelle besetzt ist. — Das ist's, was ich Ihnen sagen wollte.“ Hiermit ergriff er die Feder, um seine Arbeit fortzusetzen.

Das Gesicht des jungen Mannes hatte sich vor Entsetzen verzerrt. Ihm war zu Muth, wie einem Ertrinkenden. Sein Geist griff krampfhaft umher nach Halt, nach Rettung. Aber nirgends Halt, nirgends Rettung. Verzweifelt starrte er in die grausamen Züge des Geschäftsführers. „Dann“, schrie er heftig und schlug mit der Faust auf das Pult . . . „dann arbeite ich, bis ich . . .“ Die Stimme brach ab, und schluchzend stürzte der Gequälte hinaus.

Leise weinend irrte er durch die Straßen. Die Leute strömten achlos an ihm vorbei; ein jeder hatte sein eigenes Glück im Kopfe und fand keine Zeit, sich um des Nächsten Wohl und Wehe zu kümmern. Der junge Kaufmann wurde ruhiger; aber es war eine schlimme Ruhe, die Ruhe des gebrochenen Herzens. Er sah und hörte, was um ihn vorging; aber sein Auge war starr, sein Ohr stumpf, seine Seele müde, abwesend. Mechanisch senkte er den Schritt nach seiner Wohnung, stieg die vier Treppen empor und trat in das dunfle Stübchen. Hier blieb er eine Weile in dumpfes Brüten versunken stehen; dann warf er sich in den Kleidern auf das Bett. Allerlei sonderbare Vorstellungen zogen an ihm vorüber: Ein Mann legte einen Marktplay; deutlich war zu sehen, wie der Befen Kohlblätter, Strohhalm und Hühnerfedern zusammenkehrte; in dem Stroh regte sich etwas; eine Ratte schlüpfte hervor; sie sah einen Augenblick wie der Geschäftsführer aus; dann wurde sie undeutlicher und verschwamm zu einer dunklen Masse. Und damit war der Handlungsgehilfe eingeschlafen.

Mitten in der Nacht wachte er auf. Seine Glieder waren kalt. Frierend erhob er sich, legte die Kleider ab und kroch unter die Bettdecke. Vor dem Fenster saufte ein starker Wind. Ein Mondstrahl fiel aus zerrissenen Wolken in's Zimmer. Jrgendwo in der Ferne erklang ein sanfter Ton. Den Schläfer durchdrang ein süßer Schauer. Er lauschte auf den schönen Ton, welcher immer weiter klang, und dann kam es ihm vor, als schleiche etwas Holzes, unendlich Gütiges zu ihm heran und lege eine milde, kühle Hand auf seine Stirn. Mit selbigem Gefühl fühlte er sein Bewußtsein zerrinnen.

Ein Wagen rollte durch die Straße. Der Handlungsgehilfe erwachte und sah, daß es Morgen war. Durch sein Herz ging ein Stich, und mit Haß schaute er auf den gerötheten Himmel. Dann schloß er seufzend die Augen und versuchte weiter zu träumen. Aber der böse Wurm in seiner Brust war erwacht und ließ ihn nicht wieder einschlafen. So erhob er sich mit finsterner Stirn. (Fortsetzung folgt.)

## Handelskammer und Fachverein.

Zur Arbeiterschutzesgebung.

Bald nach Einbringung des Arbeiterschutzesgesetz-Entwurfes seitens der Sozialdemokraten und der Anträge Hertling und Genossen im Jahre 1885 hat die **Handels- und Gewerbekammer zu Blauen in Sachsen** eine Art Enquete in ihrem Bezirke veranstaltet und sowohl bei Fabrikanten- und Arbeitervereinen als auch bei einzelnen Gewerbetreibenden aller Art Gutachten über Dauer der Arbeitszeit, Einschränkung der Kinder- und Frauenarbeit in Fabriken, gänzliches Verbot insbesondere der Nachtarbeit weiblicher Arbeiter, Einführung eines Maximalarbeitstages u. s. w. eingeholt.

Es ist hierdurch das, was durch die Berichte der Fabriks-Inspektoren längst bekannt, aber nichtsdestoweniger doch hier und da immer noch bestritten wurde, auf's Neue bestätigt worden, daß, nämlich die Lage der Arbeiter eine höchst traurige ist, daß, die Arbeitszeit 13, 14, ja 15 Stunden täglich — Frauen eingeschlossen — dauert, daß Arbeiterinnen in wöchentlich abwechselnden Schichten im Nachtbetriebe beschäftigt werden u. s. w.

In dem vorliegenden Bericht genannter Handels- und Gewerbekammer treten aber — wir folgen hier den „Deutschen Worten“ des Abg. Fernerstorfer (Wien) — weiter noch zwei diametral entgegengesetzte Weltanschauungen sich gegenüber.

Der Gewerbeverein zu Grimnitzschau läßt sich unter anderem wie folgt vernehmen: „Rückfragen auf das sittliche Wohl (!) der **Kinder** sprechen nicht für eine weitere Einschränkung, sondern für eine **Ausdehnung** der Kinderarbeit. Wer erzieht die Kinder, wenn Vater und Mutter auf Arbeit gehen? Die Schule nimmt sie kaum den halben Tag in Anspruch; die häuslichen Schularbeiten sind bei den Schulen untersten Grades gleich Null. Da liegt denn doch die Gefahr nahe, daß die Kinder, wenn sie keine Arbeit haben, sich zwecklos herumtreiben und auf Müßiggang und schlechte Streiche verfallen, wohl gar von gewissenlosen Eltern, denen sie mit ehrlicher

Arbeit nichts mehr verdienen können, zur Bettelei und Unredlichkeit angehalten werden. Man wendet ein: es kann auch außerhalb der Fabrik Arbeit gesucht werden. Aber in Fabrikdistrikten ist eben die Fabrikarbeit die lohnende, leichte und für die Kinder der Fabrikarbeiter besonders passende Arbeit. Sie hat vor anderer Arbeit den Vorzug einer streng geregelten, unter steter Aufsicht, oft sogar der Eltern selbst, sich vollziehenden Tätigkeit, und gewährt dem Kinde, das dem Beruf der Eltern folgt, die beste Vorbereitung für seine zukünftige Laufbahn. Wenn daher überhaupt eine Aenderung des bestehenden Zustandes erfolgen soll, so würden wir, im Gegensatz zu den Antragstellern, eine Erweiterung der Kinderarbeit, etwa vom 10. Lebensjahre an, sei es allgemein, sei es für gewisse Fabrikationszweige, insbesondere für die Vigogne- und Streichgarnspinnerei, befürworten müssen, und wir wissen uns in dieser Ansicht einverstanden mit der Mehrzahl unserer Arbeiter."

In solcher und ähnlicher Weise wird der Kinderarbeit noch manches Loblied gefungen, wobei verschiedentlich der Satz, daß Müßiggang aller Laster Anfang ist, besonders stark betont wird. Ein Bürstenfabrikant, Flemming, ist ebenfalls sehr geneigt für weitere Freigabe der Ausnützung der Frauen- und Kinderarbeit zu plädieren. Er sagt, „es liegt in der Billigkeit der Kinder- und Frauenarbeit ein so wichtiges Moment der Konkurrenzfähigkeit, daß dem Arbeitgeber eher erweiterte gesetzliche Befugnisse in Bezug auf Beschäftigung zugestanden werden möchten. Nicht nur aber, daß speziell die jugendlichen Arbeiter billige Arbeitskräfte bilden, nicht nur, daß den Eltern durch die früh eintretende Erwerbsfähigkeit der Kinder eine wesentliche Stütze geboten wird, so liegt auch in dem Heranziehen der Kinder zu ernster andauernder Arbeit die Wiege des künftigen gediegenen Arbeiters und somit ein unendlich wichtiger Faktor der Entwicklung unserer Bürstenindustrie. Wir glauben — Herr Flemming nämlich — daß in der **Ausdehnung der Kinderarbeit auf die Arbeitszeiten erwachsener Arbeiter** ein sittliches Fördernis (!) für die jugendlichen Arbeiter liegt, als die so oft gegen die Kinderarbeit ausgesprochene demoralisierende Wirkung. Der Geist für Pflicht und Sitte (!) wird in den Kindern durch die meist strengen Bestimmungen über das Verhalten in den Arbeitsstätten gefestigt, wogegen er durch die Freiheit der Kinder, welche meist aller Pflicht und Obacht ledig sind, sobald sie die Schwelle des Hauses hinter sich haben, gelockert und mancher Keim späterer zügelloser Leidenschaften genährt wird."

Dagegen faßte der Maschinensticker-Verein zu Neustädtele eine Resolution, in der er sagt:

„In Erwägung, daß die übermäßige Arbeitszeit, wie sie jetzt vielfach von den Stücken geübt wird, im Zusammenhang mit den übermäßigen Anstrengungen der Kinder, in physischer, gesundheitsschädlicher sowohl wie in moralischer Beziehung, alle im Stickerergewerbe beschäftigten Arbeiter an den Rand des Verderbens bringt, in weiterer Erwägung, daß die übermäßig lange Arbeitszeit die Produktion steigert und mithin durch starkes Angebot den Preis der Waare sowohl als auch den Lohn der Arbeiter herabdrückt, erklärt sich die heutige Extra-Konvention des Vereins der Maschinensticker zu Plauen mit den Anträgen des Freiherrn v. Hertling und Genossen einverstanden und wünscht, daß dieselben im Sinne des von dem Abg. Bebel und Genossen eingebrachten Arbeiterschutzgesetzes erweitert werden möchten."

Ein anderer Fabrikant in Regensburg sagt dagegen Folgendes: „In unserer Fabrik z. B. sind in überwiegender Mehrzahl weibliche Arbeiter beschäftigt, welche Ernährer der ganzen Familie sind; ich müßte es also als eine Schädigung für den ganzen Volkswohlstand, für den Ruin zahlreicher Familien (!) betrachten, wenn diesen weiblichen Arbeiterinnen nicht gestattet sein sollte, die volle Arbeitszeit, wie sie jetzt in unserer Fabrik üblich ist, auszunutzen zu können. . . . Der von mir aufgeführte Fall, daß die weiblichen Arbeiter ihre Familien absolut allein ernähren müssen, steht nicht etwa als Ausnahme da, sondern bildet die Regel; ich selbst habe in meiner Fabrik Weberinnen, die viel geschickter sind als Männer und pro Woche bis (!) zu 15 Mark (!!) verdienen, während ihre Männer zu Hause die häuslichen Arbeiten, die sonst der Frau zukämen, verrichten."

Ein anderer Fabrikant, der  $\frac{11}{12}$  weibliche Arbeiter, wovon die Hälfte verheiratet, und nur  $\frac{1}{12}$  Männer beschäftigt, weist auf denselben Loos und klagt, daß, wenn ihm nicht gestattet sei, während 4—5 Monaten im Jahre die Arbeitszeit 14—15 Stunden auf den Tag auszuweihen, er den an ihn gestellten Ansprüchen nicht genügen könnte! Die Einführung einer Maximalarbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter hält er nur auf Grund internationaler Vereinbarungen für durchführbar."

Ein mit einem ? benamster Fabrikant aus Zwickau thut erstaunt und fragt: „Warum? Wieso? Deshalb soll der Fabrikant nicht Gelegenheit haben, eine günstige Konjunktur durch zeitweilige Verlängerung der Arbeitszeit besser auszunutzen zu können?“ Nach seiner Meinung sorgen für Verhütung von Uebertreibung in der Anzahl der Arbeitsstunden natürliche Verhältnisse mehr regulierend als Gesetzesparagrafen. Gesetze hält der Mann also für etwas Unnatürliches!

Allen diesen Auslassungen gegenüber sei es gestattet, eine Arbeiterkorporation über diese Fragen zum Worte zu lassen.

Der **Fachverein der Weber** und verwandter Berufsgenossen läßt sich darüber wie folgt aus:

„a) Indem wir unser Gutachten betreffs des Punktes 2:

„Soll die **Kinder- und Frauenarbeit** in den Fabriken eingeschränkt, insbesondere die Nachtarbeit der weiblichen Arbeiter verboten werden?"

abgeben, bemerken wir zugleich, daß wir diese Frage nur

in ihren Hauptpunkten und nicht erschöpfend beantworten können. Die Arbeit der Kinder unter 14 Jahren dürfte gänzlich zu verbieten sein, weil ein Mangel an erwachsenen Arbeitern nicht besteht und letzteren durch die Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken die Möglichkeit, lohnende Arbeit zu erhalten, benommen ist. Der Bagabondage wird hierdurch nur Vorhub geleistet. Das Zusammenarbeiten von Kindern und Erwachsenen aller Altersklassen dürfte aber auch die Sittlichkeit nicht fördern, und ist überhaupt der dem Kinde aus der Fabrikarbeit erwachsende Verlust an Sittlichkeit und Moral nicht in Einklang mit dessen materiellem Verdienst zu bringen. Mir wela' bitterem Gefühl muß ein Kind in die Fabrik treten, während seine Altersgenossen sich auf Wiesen und Feldern tummeln, wela' tiefen Eindruck auf das so leicht empfängliche Gemüth eines Kindes muß die Thatsache bewirken, daß es schon in seinen jungen Jahren gezwungen wird, sein Brot zu verdienen, gleichsam den Kampf ums Dasein mitzukämpfen. Wir sind der Ueberzeugung, daß das Kind in seinen Jugendjahren lernen soll, aber nicht in der Fabrik, sondern in der Schule. Gerade die letzten Jahre der Schule sind aber hier besonders von Bedeutung und von den günstigsten Folgen. Wir können deshalb die Kinderarbeit als in ihren Folgen verderblich bringend bezeichnen.

b) und c) Was die Arbeit der **Frauen** in den Fabriken anlangt, so sind wir prinzipiell gegen jede Beschäftigung der verheirateten Frauen, stimmen aber übergangsweise dem Antrage Hertling und Genossen zu, wela' die Beschäftigung verheirateter Frauen auf täglich 6 Stunden normirt. Werfen wir einen Blick auf die Beschäftigung der Frauen in den Fabriken selbst, so muß gesagt werden, daß dieselbe eine anstrengende, ja geradezu aufreibende ist. Insbesondere ist die Lage der Drouffirerinnen eine traurige. Die Arbeitszeit erstreckt sich in den meisten Fabriken von Morgens  $\frac{1}{2}$  6 Uhr bis Abends  $\frac{1}{2}$  8 Uhr, meist ohne jede Unterbrechung, ja es ist sogar vorgekommen, daß die Arbeiter einiger Fabriken gezwungen waren, von Morgens  $\frac{1}{2}$  6 Uhr bis Nachts 12 Uhr mit einer nur  $\frac{1}{2}$  stündigen Pause, welche erlaubt, das Mittagmahl einzunehmen, zu arbeiten. Stellt doch schon eine tägliche Arbeitszeit von 13, 14, ja 15 Stunden eine übermäßige Ausnützung der menschlichen Arbeitskraft dar, so muß man auch die großen sozialen Gefahren erkennen, die eine derartige Ausnützung der Frauen und Mütter mit sich im Gefolge hat. Es ist doch nicht der Beruf des Weibes, von früh Morgen bis spät Abends sich in den Arbeitsräumen aufzuopfern, während die unerzogenen Kinder ohne jede Leitung und mütterliche Pflege oft fremder, ungenügender Aufsicht anvertraut sind. Ein jeder Menschenfreund wird anerkennen, daß das nimmer ein Vortheil der menschlichen Gesellschaft sein kann, vielmehr der Ruin der Sittlichkeit und der edlen Gesinnung, die einem jeden Menschen in die Brust gelegt ist, aber durch ein derartiges Anstrengen der physischen Kräfte erstickt wird.

„Die **Nachtarbeit der Männer**“ ist auf einige durch das Gesetz zu bestimmende Ausnahmen zu beschränken, weil dieselbe die Gesundheit schädigt, indem die Nacht für den Körper die geeignete Zeit der Ruhe ist.

„Es erscheint uns ferner dringend nöthig, daß eine **gesetzliche Grenze des Arbeitstages** geschaffen werde. Wir haben schon angeführt, daß die Arbeitszeit in den Fabriken eine verschiedene, im Allgemeinen aber eine zu lange ist. Wenn in irgend einer Fabrikation, bei welcher eine große Nachfrage nach ihren Produkten vorhanden ist, die Arbeiter die Sonntage und einen Theil der Nächte zu Hilfe nehmen müssen, um die gewünschte Waarenmenge herzustellen, so erhalten sie allerdings für die Nachtarbeit eine entsprechende Entschädigung. Die baldige Folge aber wird immer die sein, daß durch die erhöhte Arbeit Ueberproduktion entsteht. Durch diese Ueberfüllung des Arbeitsmarktes entstehen Handelskrisen, und sind es nun wieder die Arbeiter, die für unermüdete Arbeit damit büßen müssen, daß Arbeitsverminderungen, Arbeiterentlassungen und geringere Löhne eintreten und erfahrungsmäßig dauere dann die Lohnverminderung viel längere Zeit, als der Lohnzuschlag gedauert hat. Eine gütliche Einigung der Fabrikanten und Arbeiter behufs Regelung der Produktionsweise ist erfahrungsmäßig nicht möglich. Hier muß der Staat soweit als thunlich durch die Gesetzgebung eingreifen. Regelmäßigkeit in den Erwerbsverhältnissen heißt, besonders bei den Arbeitern, Familienordnung, Familienordnung aber bedeutet gute Kindererziehung, gute Kindererziehung wiederum bedeutet eine gesunde Entwicklung aller gesellschaftlichen Verhältnisse für die Zukunft. Einen weiteren Grund für Einführung der Maximalarbeitszeit geben die jetzt massenhaft vorkommenden Streiks, welche alle die Herabsetzung der Arbeitszeit fordern. Aus allen diesen Gründen sind wir für Einführung einer Maximalarbeitszeit, und wenn man hierbei von Seiten der Industriellen einwendet, daß die Industrie geschädigt werde, für eine Regelung auf internationalem Wege."

Die Enquete der sächsischen Handelskammer bietet somit ganz dasselbe Bild, das uns schon aus früheren Meinungsäußerungen satfam bekannt ist. Die Unternehmer wollen die billige Frauen- und Kinderarbeit, die lange Arbeitszeit und die Sonntagsbeschäftigung nicht entbehren, weil dies alles Mittel sind, ihre „Rente“, ihr arbeitsloses Einkommen zu steigern. Dieser gewinnfällige Eigennutz, der nicht davor zurückscheut, das Familienleben der Arbeiter zu vernichten und das „dritte Gebot“ der Bibel umzustößen, darf sich der Öffentlichkeit gegenüber natürlich nicht in seiner wahren Gestalt zu er-

kennen geben und so tritt er in verschiedenen Masken auf: als Sorge für den Nachwuchs der Arbeiter, als löbliche Absicht, der Arbeiterfamilie zu höherem Verdienst zu verhelfen, oder gar als patriotisches Bemühen um die Erhaltung der gefährdeten „nationalen“ Industrie.

Die Arbeiter haben heute diese Heuchelei durchschaut und verlangen daher energisch die Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes. Sie wissen, daß Ueberarbeit den Lohn nicht steigert, sondern mindert, weil der geringere Bedarf an Arbeitskräften die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt verstärkt und damit den Lohn drückt. Sie wissen, daß die Frauenarbeit das Einkommen der Familie nicht vermehrt, sondern oft vermindert, daß sie jedenfalls jedes geordnete und innige Familienleben zerrütet. Sie wollen, daß ihre Kinder die Schulen besuchen, um etwas zu lernen, aber nicht die Fabriken, um dort ausgebeutet zu werden. Darüber sind sich alle Arbeiter vollständig klar, und wenn sie hier noch etwas zu lernen haben, so kann es nur das Eine sein: sich immer mehr lediglich auf ihre eigene Kraft, auf die Stärke ihrer politischen und wirtschaftlichen Organisationen zu verlassen, und nichts von dem guten Willen der Besitzenden zu erwarten, der immer schwächer sein wird wie der Eigennutz und die Sorge für den eigenen Geldbeutel.

## Erweiterung der Unfallversicherung.

□ Das Reichs-Krankensicherungs- und das Unfallversicherungsgesetz gehen beide von dem ganz richtigen und bei der heutigen Wirtschaftsweise unabweislich notwendigen Grundsatz aus, daß solchen Personen, deren Einkommen es ausschließt, daß sie sich von selber einen einigermaßen erheblichen Fonds aus ihrem Einkommen ansammeln, um beim Eintritt von Krankheit und Unfall gegen Noth geschützt zu sein, vermittelst Organisation seitens des Staates und der Gesellschaft ein Schutz gegen die wirtschaftlichen Folgen von Krankheit und Unfall gewährt werden muß.

Während das Krankensicherungs-gesetz diese Aufgabe für den Kreis, für welchen es in Wirksamkeit getreten ist, oder noch in Wirksamkeit treten wird, ziemlich konsequent löst und nur ganz geringe Ausnahmen zuläßt, zeigt das Unfallversicherungsgesetz für den Kreis der Personen, auf welche es Anwendung findet, ganz erhebliche und sehr schädliche Lücken, indem es sich nur auf Betriebsunfälle erstreckt. Der Begriff der „Betriebsunfälle“ ist ein sehr dehnbarer und schlecht abgrenzbar. Man kann zuletzt sagen: Ein Betriebsunfall ist ein solcher Unfall, den das Reichsversicherungsamt dafür hält.

Wir wollen im Allgemeinen dem Reichsversicherungsamt nicht zu nahe treten. Wir wollen anerkennen, daß viele in dem Vertrauen, welches sie von Anfang an dieser Behörde entgegen gebracht haben — der einzigen vertrauenswerthen Einrichtung des ganzen weitläufigen Dienstes der Unfallversicherung — nicht wankend geworden sind, wenn auch manche Entscheidung nicht allgemeiner Zustimmung finden konnte. Der Fehler liegt da eben in der Unvollkommenheit des Gesetzes, das so viele verschiedene Auslegungen zuläßt.

Auch der eben veröffentlichte Auszug aus dem Verwaltungsbericht für das letzte verfloßene Jahr hat die gute Seite, daß das Reichsversicherungsamt nicht über die steigende Zahl der ihm zur Entscheidung von den Arbeitern vorgelegten Fälle Klage führt, sondern im Gegentheil ausdrücklich anerkennt, daß noch kaum ein Drittel der Fälle ihm unterbreitet werden, die eine Aenderung der Vorentscheidungen erfordern würden, daß es also noch die Erhöhung der Zahl der Beschwerden zu wünschen scheint.

Welch' Gegensatz zwischen dieser Behörde und den künstlerischen Gegnern, die das Beschwerderecht der Arbeiter erschwert und beschränkt sehen wollen!

Indem das Unfallversicherungsgesetz aber zwischen Betriebsunfällen und anderen Unfällen unterscheidet und nur für die ersteren Fürsorge trifft, läßt es eine ganz erhebliche und fühlbare Lücke offen. Wir können nicht angeben, wie es auf die wirtschaftliche Lage eines Arbeiters anders wirkt, ob er im Betriebe verunglückt oder nicht. Die Noth und das Elend, die natürlichen Folgen des Unfalles, sind in beiden Fällen ganz gleich. Ein Arbeiter geht z. B. in seiner Beschäftigung auf einem Bau umher und wird von einem Stein verletzt, der von dem Bau fiel, auf dem er beschäftigt war. Er wird entschädigt, weil er durch einen Unfall verunglückt ist, der in dem Betriebe sich zugetragen hat, dem er angehört. Ein anderer Arbeiter auf demselben Bau wird von einem Maschinenteil verletzt, der von einem Nachbarbetriebe herkommt. Er erhält keine Entschädigung, weil in dem Betriebe, in welchem er versichert war, ein Unfall nicht stattgefunden hat, und er in dem Betriebe, in welchem der Unfall stattfand, nicht versichert war.

Man denke sich die bitteren Gefühle, die dadurch in der Brust des Mannes erweckt werden, der nothwendig diese ihm kaum begreiflich zu machende Ungleichheit als Ungerechtigkeit empfindet.

Es ist dem Verunglückten ganz gleichgültig, ob Betriebsunfall oder nicht, die Wirkungen des Unfalles sind für ihn dieselben. Hat der Staat und die Gesellschaft die Verpflichtung anerkannt, in dem einen Falle für den Verunglückten sorgen zu lassen, so werden sie sich im anderen Falle dieser Verpflichtung kaum lange entziehen können.

Die Unfallversicherung ist eine Verbesserung der Armenpflege, wir haben das nie abgeleugnet, aber sie ist selbst als solche zu wenig weitgehend. Es ist eine nothwendige und natürliche Folge, daß wir verlangen müssen:

Die Unfallversicherung ist wie die Krankensicherung auf alle Unfälle auszudehnen.

Für diese Ausdehnung ist freilich die heut geschaffene Einrichtung der Berufsvereinigungen als Trägerinnen der Unfallversicherung nicht geeignet. Diese Berufsvereinigungen sind ein Fehler der ganzen Anordnung, sie bedingen die Beschränkung und die Einseitigkeit, die Lückenhaftigkeit dieser Maßregel zur Verbesserung der Armenpflege. Es ist aber durchaus gar kein Grund vorhanden, diese Berufsvereinigungen, da sie dem Besseren im Wege stehen, beizubehalten. Mit Ausnahme von den Berufsvereinigungen wird ihnen nicht leicht eine Thron nachgeweiht werden. Sie werden ganz sicher als verfehlte Einrichtungen, welchen ein gegliedertes Leben in der Regel nicht beizubringen sein möchte, über kurz oder lang auch beseitigt werden. Die Krankenkassen und die politischen Gemeinden können die Geschäfte der Berufsvereinigungen ganz ohne Zweifel billiger verwalten. Die Schiedsgerichte, die Vertretungen der Unternehmer und Arbeiter bei der Verwaltung und der Ausübung des Gesetzes sind auch ohne die Berufsvereinigungen in ganz ähnlicher Art gut und besser einzurichten als jetzt.

Es stellen sich auch schon jetzt erhebliche Uebelstände heraus. Die räumlich zu große Ausdehnung sehr vieler Berufsvereinigungen erzeugt ohne Zweifel ganz erhebliche Mängel, die schon öfters hervorgehoben sind. Die häufig sehr weite Entfernung der Arbeiter von dem Ort des Schiedsgerichtes ist ohne Zweifel ein schwerer Uebelstand. Es ist gar kein Grund vorhanden, weshalb diese Schiedsgerichte nach Berufsvereinigungen gegliedert sein müssen. Es ist ganz einerlei, ob ein Arbeiter im Holzbearbeitungs- oder im Bauwesen oder als Maschinenbauer. Verliert er den Fuß durch den Unfall, so ist er hier wie dort gleich arbeitsunfähig. Ebenso ist es in allen anderen Betrieben. Wo besondere Sachkenntnis erforderlich ist, sind an jedem Orte genug Personen da, um aus ihnen das Schiedsgericht zu bilden.

Der Staat zahlt durch die Post schon heute die Rente. Gut, er übernehme durch die Kommunen auch die Einziehung der Beiträge, die dann die Form einer gleichmäßigeren Steuer annehmen würden. Da ist auch keine Schwierigkeit dabei. Ein besonderer Ausschuss in jeder Kreisstadt vielleicht wäre die erste Instanz bei Festsetzung der Unfallrente, das Schiedsgericht sei an demselben Orte, oder vielleicht auch für etwas größere Kreise gebildet; es bleibe aber dem verletzten Arbeiter persönlich erreichbar; das Reichsversicherungsamt bleibe als letzte Instanz. Verfahren und alles Andere ist nicht viel zu tadeln, bis auf Kleinigkeiten, möge es also erhalten bleiben.

Die Unzweckmäßigkeit der heutigen Berufsvereinigungen zeigt sich noch in einer anderen Art. Nämlich diejenigen Berufsvereinigungen, die über einen großen räumlichen Kreis sich ausdehnen und eine größere Anzahl kleiner Betriebe umschließen, haben kein Mittel und keine Organe sich mit den einzelnen kleineren Betriebsunternehmern wirksam in Verbindung zu setzen.

Als Beispiel können wir auf die Nordöstliche Bau-Berufsvereinigung verweisen, die den ungeheuren Kreis von vier Provinzen umfaßt, die beiden Altpreußen, Pommern und Brandenburg. Die Sektionen, in die sie sich getheilt hat, verbessern die Sache nicht sehr. Noch heute gibt es in diesen vier Provinzen eine große Anzahl von kleinen Betriebsunternehmern, die von dem Bestehen der Berufsvereinigungen auch nicht die leiseste Ahnung haben, die Berufsvereinigungen besitzen keine Mittel, sie ausfindig zu machen. Noch viele andere entziehen sich böswillig dem Beitrage, und können nur durch Zufall abgeseht werden.

Nun hat diese Berufsvereinigung eine Statutenbestimmung aufgenommen, die sich auf die sehr große Zahl der kleinen und kleinsten Betriebsunternehmer bezieht, wenn man die kleinen Schaarwerker, die allein ohne Gehülfen arbeiten, so nennen darf, aber sie besitzt kein Mittel, diesen betroffenen Personen die Statutenbestimmung bekannt zu machen. Wir wollen davon absehen, daß die Berufsvereinigungen den verhängnisvollen Fehler begangen hat, ein verhältnismäßig wenig gelesen und ziemlich theures Privatblatt zum amtlichen Organ zu machen, das in diese Kreise eindringen kann, denn es würde auch ein zweckmäßiger gewähltes Organ nicht viel besseren Erfolg haben. Diese Männer lesen höchstens das Amts- oder Kreisblatt. Was da nicht steht, ist für sie nicht vorhanden. Es ist aber selbstredend der Berufsvereinigungen nicht zuzumuthen, nun die Anzeigen in allen Kreisblättern zu bezahlen. Die Organisation der Berufsvereinigungen ist eben unzweckmäßig, wo man sie auch prüfen mag. Also weg mit ihnen, so schnell wie möglich, weg mit ihnen. Organisationen, die Krankenkassen entsprechend, mit Anlehnung an die politischen Gemeinden werden billiger und zweckmäßiger arbeiten und eine Vervollständigung der Unfallversicherung im Sinne der Gerechtigkeit und Billigkeit erleichtern und ermöglichen. Erst wenn dies geschehen ist, wird die Armenpflege durch die Unfallversicherung so verbessert sein, wie die Möglichkeit dazu in dem durch das Gesetz angeregten Gedanken umgrenzt ist, heute ist selbst diese kleine Reform Stückwerk ohne folgerichtigen Zusammenhang.

## Gewerkschaftliches, Arbeiterversicherung.

Vergeblichen Widerstand — schreibt der Glasarbeiter „Fachschnelle“ — müssen wir das Bestreben nennen, welches die Trades Unions (Gewerkschaften) der Glasarbeiter Englands anwenden, um die Einführung der neuerfindenen Glasblasmaschine, über welche die Blätter bereits berichteten, zu hintertreiben. Wie uns von dort berichtet wird, geht die Vereinigung der Glasarbeiter mit dem

Gedanken um, der Durchführung dieses neuen Systems mit einer allgemeinen Arbeitseinstellung zu begegnen. — Wir begreifen vollkommen die Aufregung der Arbeiter und bewundern den Opfermuth derselben, mit welchem sie für ihre Interessen zu kämpfen wissen. Wir versprechen uns aber im vorliegenden Falle keinen Erfolg. Schon der Umstand allein, daß es mit der Einführung der Maschine eines fachgewerblichen Arbeiters nach heutigem System nicht mehr bedarf, wirft jeden Widerstand gegenüber der allmächtigen Gewalt des Kapitals über den Haufen. Man wird die Maschine einfach mit außerhalb der Union (Gewerkschaft) stehenden Personen bedienen lassen. Nun kommt die allgemeine Arbeitseinstellung über das ganze Land und — setzt die Firma in den Stand, sämtliche Aufträge an sich zu reißen und mit Hochdruck die Einführung ihres Systems zur Geltung zu bringen. Ja, es liegt die Gefahr nahe, daß, wenn die Mittel der Union erschöpft sind und der Widerstand gebrochen wird, das Angebot von Arbeitskräften dennoch stattfindet und so die Lage nur verschlechtert. Die englischen Kollegen mögen sich den berühmten Kampf der Baumwollweber gegen die Einführung der Maschinen vergegenwärtigen, der trotz seiner langen Dauer oder gerade deswegen scheitern mußte. Die Entbehrlichmachung der Arbeiter auf allen Gebieten schreitet mit Riesenschritten vorwärts, das ist schlimm, aber sie erleichtert den Schritt von der alten in die neue Wirtschaftsordnung ganz gewaltig; wenn auch einzelne Existenzen hart damit betroffen werden, für die Gesamtheit ist die dadurch nothwendig gewordene baldige Umkehr zu einer geregelten Wirtschaftsordnung nothwendig und heilsam. Sich gegen die Verbesserung der modernen Technik sträuben, heißt den Todeskampf der alten „Ordnung“ nur verlängern.

Kaum ist in den Vereinigten Staaten der große Streik an dem Reading-Bahn-System und den Kohlenbergwerken im Schuylkill- und im Lehigh-Thale vorüber, und schon ist wieder ein Streik an einem andern großen Eisenbahn-System im Gange. Vor drei Wochen stellte die „Brüderschaft der Lokomotiv-Ingenieure“, welcher Verbindung nicht nur Lokomotivführer, sondern auch die Heizer der meisten Eisenbahnen in den Vereinigten Staaten angehören, die Forderung an die Chicago-Burlington- und Quincy-Bahn, daß die Lokomotivführer eine gleichmäßige Löhnung von  $3\frac{1}{2}$  Cent die englische Meile erhalten sollten. Nach einer Berathung der Beamten der Eisenbahngesellschaft erklärte der Generaldirektor, daß man die Forderung nicht bewilligen könne, weil sie ein Unrecht gegen einige Lokomotivführer (!) und eine unverdiente (?) Begünstigung Anderer enthalte, indem die Einen auf schwerem und verantwortlichem, die Anderen auf leichterem Posten ständen. Die Beamten der Arbeiter-Verbindung gaben darauf der Gesellschaft 36 Stunden Bedenkzeit mit der Warnung, daß wenn die Gesellschaft nach Ablauf dieser Frist auf ihrer Weigerung beharre, ein Streik erfolgen werde. Zur bestimmten Stunde nahm denn auch der Streik seinen Anfang. Die Kompanie hatte vorher die Frachtoerfender benachrichtigt, daß sie vorläufig keine Frachten annehmen könne, und sie ersucht, Frachten, soweit thunlich, auf parallel laufenden Bahnen zu versenden. Die Zahl der streikenden Lokomotivführer und Heizer beträgt in runder Zahl 1600.

**Streitigkeiten an der Pariser Arbeitsbörse.** Die ungeliebten Streitigkeiten, an denen die französische Arbeiterbewegung dank eifriger Intriganten krank, drohen die Arbeitsbörse zu einem Januskopf zu machen und dadurch die fegensreichen Folgen zu verhindern, die sich für Organisation des französischen Proletariats an die Errichtung dieses nützlichen Institutes knüpfen konnten (vergl. darüber die Artikel „Berl. Volkstribüne 1887, No. 10, 11, 12). In der Arbeitsbörse, die allen Arbeitern ohne Unterschied offen steht, in der sie sich heimlich fühlen sollten, wüthen erbitterte Kämpfe um die Oberherrschaft zwischen einfachen Gewerkschaftlern, unabhängigen Sozialisten, Kollektivisten (Marxisten) und Possibilisten. Der Unparteiliche muß zugeben, daß die bei weitem größte Schuld auf Seiten der Possibilisten liegt. Seit Eröffnung der Arbeitsbörse haben sie sich durch die unläutersten Manöver zu allenjüngeren Verren zu machen gesucht, die Ernennung eines ganz überflüssigen Exekutivkomitees durchgesetzt und aus demselben nach und nach alle Andersdenkenden herausgedrängt. Alles dies zu dem Zwecke, die Masse der Gewerkschaften, die mehr und mehr zu dem Kollektivismus zu neigen anfangen, unter possibilistischer Vormüßigkeit zu halten. Die Intriganten scheinen jedoch nicht mehr auszureichen und man greift zu brutalen Mitteln. Die Gewerkschaft der französischen Zimmerleute verleiht ein Zirkular, in welchem sie zur Kenntniß bringt, daß das Exekutivkomitee in der Nacht vom 2. bis 3. März gewaltthätig in das Bureau dieser Gewerkschaft in der Arbeitsbörse eingebrochen ist und Alles zerstört hat. Bücher, Archive, die Listen für Arbeitsangebot und Nachfrage, die Bilder, ja sogar die Sammelbüchse für die Krankunterstützung sind zertrümmert worden. Die Gewerkschaft sagt, daß diese Expedition an die schlimmsten Tage des Kaiserreichs erinnere und nur als „vandalisch“ bezeichnet werden könne. — Ein zweites Zirkular, das von den Gewerkschaften der Fleischergehilfen, Bauhandwerker, Gasthauskellner und Tagelöhner unterzeichnet ist, bestätigt die That-sache, protestirt energisch gegen den „Vandalismus“ und fordert Abschaffung des Exekutivkomitees. — Die Mänte, die sich in der Arbeitsbörse abspielen, im Allgemeinen und das letzte Hebelstück im Besonderen, sind der Leute würdig, welche den Ehrennamen „Sozialist“ zum Dohn Arm in Arm mit den englischen Gewerkschaftlern Broadhurst, Shipton und anderen Verräthern des Proletariats einen „internationalen“ Gewerkschafts-Kongress vorbereiten, von dem unter dem fadenheiniigen Vorwand des streng gewerkschaftlichen Charakters die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie ausgeschlossen sein sollen.

**Einem warmen Appell an das Solidaritätsgefühl der Arbeiter** richtete anlässlich des oben erwähnten ausgedehnten Streiks der „Brüderschaft der Lokomotivführer“ an der Chicago, Burlington- und Quincybahn, der „Großmeister“ Powderly an die amerikanischen „Ritter der Arbeit“. Es war früher erst vorgekommen, daß Mitglieder von Gewerkschaften sich nicht gescheut hatten, die Stellen von streikenden Rittlern der Arbeit zu besetzen. Powderly fordert jetzt seine Leute auf, nicht Gleiches mit Gleichem zu vergelten. „Meine Ansicht von einem Menschen“, heißt es in dem Rundschreiben „der die Stelle eines Anderen für seine Rechte

kämpfenden einnimmt, ist, daß er die Verachtung jedes gerechten Menschen verdient. Es ist wahr, daß Mitglieder der jetzt streikenden „Brüderschaft“ bei verschiedenen Gelegenheiten die Stellen von Knights of Labor eingenommen haben. Es ist wahr, daß im Anfang der siebziger Jahre die Brüderschaft auf Geheiß ihres Chefs dasselbe den Maschinenisten und Schmieden gegenüber gethan hat. Es ist wahr, daß die Brüderschaft an den Knights of Labor beim Streik im Südwesten Verrath übte durch Besetzung ihrer Stellen. Es ist wahr, daß die Männer der Brüderschaft die Stellen der Reading Streiker besetzten. Es gereicht den Männern der Brüderschaft zur ewigen Schande, daß sie sich zu solch' gemeinen und verrätherischen Handlungen erniedrigen. Aber zweimal Unrecht macht kein Recht und was von einem Mitglied der Brüderschaft der Lokomotivführer gemein und ehrlos ist, kann nicht schön und edel seitens eines Mitgliedes der Ritter der Arbeit sein. Kein Knight sollte es seiner Männlichkeit anthon, sich zu solch' schmutziger Arbeit zu erniedrigen. Wenn es der Gebrauch der Männer der Brüderschaft war, die Stellen von Streikern einzunehmen, dann laßt sie uns Himmels Willen diesen Gebrauch für sich monopolisiren. Ritter der Arbeit, wenn ihr meinen Rath annehmen wollt, werdet ihr diesem Kampf ruhig zuschauen. Laßt bei diesem Streik das Vergangene vergessen sein, wie erbittert auch eure Gefühle gegen diese Männer sein mögen. Bedenkt, daß diese Männer noch nicht aus dem Sumpf der Selbstsucht getriggen sind und daß das Beste, um ihnen zu lehren, was Männlichkeit bedeutet, darin liegt, daß wir die Hände vom Chicago, Burlington und Quincy-Streik lassen. Die Arbeit wird so lange an Hand und Fuß gefesselt vor den Füßen des Kapitals liegen, als es möglich ist, Arbeiter gegen einander in's Feld zu führen. Kein Streik sollte eingeleitet werden, bis der letzte mit der Mannes-ehre vereinbare Versuch der Versöhnung gemacht wurde, bis die letzte Brücke verbrannt wurde. Dann, wenn entschieden wurde, daß das Letztmögliche gethan worden ist, um die Wirren abzuwenden, sollte jede Abtheilung der großen Arbeiterarmee, Kavallerie, Infanterie und Artillerie in Schlachordnung rücken, um die Rechte der in der Brezche stehenden Männer gemeinsam zu verteidigen. Knights of Labor, von Maine bis Californien, haltet Euch zurück! Räth nicht an, haltet eure Hände ab; laßt das Gesetz der Wiedervergeltung unbeachtet und laßt die Männer der Chicago, Burlington und Quincy-Bahn diesen Streik gewinnen!“

**Streiks.** Die Tischler der Strobelberg'schen Möbelfabrik in Rostock bitten Jnsug fernzuhalten. — Die Hamburger Tapezierer befinden sich im Lohnkampf. Anfragen sind an den ersten Vorsitzenden des Fachvereins Th. Meier, Große Rosenstr. 35 Hamburg zu richten. — In Nürnberg streikten die Tafelglasarbeiter der Wieder'schen Fabrik. — Siebzig Arbeiter und Arbeiterinnen der Cigarrenfabrik von Pladew und Geist in Goldberg (Schlesien) haben am 1. März die Arbeit eingestellt, weil die Waiselmacherinnen sich durch das gelieferte Material im Verdienst benehelligt glaubten. — Von den Breslauer Drechsler haben alle diejenigen, welche in der Steinmühlentopfabrik von Kreuziger, Fürstenstraße, arbeiteten, am 6. d. M. die Arbeit niedergelegt. Alle Jnschriften sind an den Vorsitzenden Fr. Vobred, Breslau, Uferstraße 38, zu senden, alle Geldsendungen an den Kassirer W. Bernert, Breslau, Fürstenstraße 52, zu adressiren. Die Zahlstelle für Berlin befindet sich Reichenerstraße 16 bei Pappol, wo die gesammelten Gelder zur weiteren Beförderung an die Streikenden angenommen werden. — Infolge von Differenzen mit dem Zuschneider haben die Schneider im Garderobengeschäft von Weiche in Braunschweig die Arbeit niedergelegt. Die Bemühungen der genannten Firma, von hier Arbeiter nach dort herüberzuführen, mißlungen, und so verfiel dieselbe auf den Ausweg, Kleinmeister in Berlin zu engagiren, welche die Arbeit anfertigen sollen. Sollte außer Herrn Ernst, hier, Zimmerstraße 61 und Pomme, Kochstraße 30, noch Jemand für die Firma Arbeit angenommen haben, so bittet unterzeichnet, ihm die betreffende Adresse anzugeben. Beide Genannte haben erklärt, die Arbeit zurückzugeben zu wollen. D. Jeschonnek, Berlin, Mühlstraße 28, 3 Tr.

**Auf der G. Sowaal'schen Werft in Neudiedrichsdorf bei Kiel** ist ein Streik ausgebrochen, weil Herr S. einige hervorragende Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Schiffbauervereins hinarbeitete und maßregelte, offenbar um durch diese Maßregelungen alle Mitglieder des Vereins einzuschüchtern und von ihren Bestrebungen abzuhalten, und weil er, als die Arbeiter durch ein mit 175 Unterschriften versehenes Schreiben ihre Wünsche vorbrachten, das Ehrgefühl und die Würde der Arbeiter aufs Schwerste beleidigte. Die Streikenden verbinden jetzt ein ernst und würdig gehaltenes Zirkular, zu dessen Schluss es heißt: „Wir glauben im Vorstehenden den Beweis der Gerechtigkeit unserer Sache, der Mäßigkeit unserer Wünsche dargezogen zu haben. Wir werden jetzt unsere bisherigen Wünsche als Forderungen formuliren, die sogleich Beendigung des uns aufgedrungenen Kampfes mit allen zutreffenden gegläubigen Mitteln erziehen und wir dürfen uns mit Rücksicht auf den vortrefflichen Geist unter den streikenden Kollegen der kühnsten Hoffnung hingeben. Ihr aber, Kollegen und Arbeiter Deutschlands, leht uns eure Unterstützung in unserem gerechten Kampfe; haltet den Zugang fremder Arbeitskräfte von hier fern, und sendet uns nach Möglichkeit materielle Unterstützung. Bedenkt, daß unser Sieg der eure, unsere Niederlage auch die eure ist. Wir sind voll der besten Hoffnungen, für den Ausgang unserer Sache, im Hinblick auf unsere Kraft und Einigkeit, in der Zuversicht auf eure Solidarität mit uns in unserer Sache. Laßt die Zuversicht nicht zu Schanden werden und seid überzeugt, daß Diederichsdorf auch für die Folge Euch gegenüber sich stets seiner Pflicht bewußt bleiben wird. Mit kollegialischem Gruß und Handschlag J. A.; Das Streik-Komitee. Briefe sind zu richten an G. Sowaal, Augustenstraße 103. Gelder sind zu richten an J. Schönemann, Augustenstraße 103. Neu-Diedrichsdorf bei Kiel.

**Leipzig. Zur Lage der Steinmehlen.** Die Situation ist ernst; der Zustand dauert unverändert fort. Von Seiten der Meisterschaft werden alle Mittel aufgebracht, um die Arbeiter zu besiegen. Durch Annoncenschwindel und Entstellungen des Sachverhalts sucht man auswärtige Arbeiter, die mit den hiesigen Verhältnissen gar nicht vertraut sind, herbeizuloden. Süddeutschland, Böhmen, die Schweiz u. s. w. wurden von den Meistern bereist und den Steinmehlern plausibel gemacht, daß kein Streik wäre, es würden vielmehr größere Staatsbauten ausgeführt und hätten 1000 Steinmehlen 5 Jahre Beschäftigung bei einem Durchschnittslohn von 45—50 Mark pro Woche, wo in Wirklichkeit nur bei der günstigsten Bauperiode höchstens 500 Mann beschäftigt werden und der Durchschnittslohn beträgt noch lange nicht die Hälfte. Eine schwarze Liste von sämtlichen Steinmehlern, die einmal in Leipzig gearbeitet haben, ist in Circulation und haben bereits schon Maßregelungen stattgefunden. Gegen 40 Mann fremde Steinmehler sind auf den Leim gegangen und haben die Arbeit begonnen, doch ist diese Zahl gegenüber der der Gemahlregellen nur ein Bruchtheil und können uns nicht beitragen. Die Angekommenen werden per Droschke in Logis gebracht und mit Polizei bewacht. Die Innungsmeister versuchen es, die Arbeit zum Theil mit Nichtsteinmehlern fertig zu stellen. Der Versuch, die Arbeiterorganisationen mit Maßregelungen zu unterdrücken, soll nicht gelingen. Die Zahl der zu unterstützenden Kollegen beträgt noch 151, viele Verheirathete sind abgereist. Die Handlungsweise der Steinmehler ist eine korrekte und muß zum Siege gelangen. Wir bitten alle Freunde, den Jnsug fernzuhalten, unseren Streik zu begünstigen und nicht eher nach Leipzig zu kommen, bis wir den Streik für geschlichtet erklären.

## Gegen die Betheiligung der Berliner Sozialisten an den Kommunalwahlen

sprach sich am Montag eine große, von mindestens 1500 Arbeitern besuchte Volksversammlung (Sandsouci, Kottbuserstr. 4a) aus.

Die Einberufung war von den Freunden der Wahlbetheiligung in die Hand genommen worden und nach dieser Seite verdient es unbedingte Anerkennung, daß man durch Anmeldung einer allgemeinen öffentlichen Versammlung die Frage richtig angefaßt, das heißt: als eine Frage der Berliner Gesamtpartei anerkannt, nicht als eine Frage eines bestimmten Stadtbezirkes behandelt hat. Damit ist der alte Fehler, den man seinerzeit im 37. Bezirk beging, wieder gut gemacht, und er wird zweifellos niemals wieder begangen werden. Wie man weiß, hat der Züricher „Sozialdemokrat“ diese „Kirchthumpolitiik“ damals entschieden gemißbilligt, auch alle Reichstagsabgeordneten, die Gelegenheit hatten, ihr Urtheil abzugeben, sprachen sich — auch wenn sie eine Wahlbetheiligung vielleicht gern gesehen hätten — in diesem Sinne aus. Nunmehr haben sich durch die Art ihrer Einberufung die Berliner Freunde der Wahlbetheiligung selber dieser Auffassung angeschlossen, die ja in der That sofort jedem demokratisch Denkenden einleuchten muß, daß eine Berliner Gesamtpartei mit einheitlichem Willen nicht in eine Reihe von Gruppen aufgelöst sein möchte, von denen jede einzelne Gruppe ihren eigenen Willen und ihre eigene Politik hat. Das wäre die reinste Anarchie. Hierüber herrscht also nunmehr vollste Uebereinstimmung und es wird sich zweifellos auch Niemand wieder finden, der diese Uebereinstimmung stören wollte.

Ueber die Bedeutung der Kommunalwahlen selber kam es freilich am Montag noch zu den lebhaftesten Auseinandersetzungen, sodas die schließliche Entscheidung so gefällt werden mußte, wie sie in jeder demokratischen Partei erzielt wird, wenn zwei Richtungen vorhanden sind: durch Abstimmung, deren Resultat sich alsdann jeder Demokrat zu fügen hat — mag er nun zur Majorität oder zur Minorität gestanden haben. Herr Gottfried Schulz, der Redner der Wahlfreunde, ist hier mit richtigem Beispiel vorangegangen. Nachdem er sich als Schiedsrichter selber von dem Ausfall der Abstimmung überzeugt hatte, betonte er in einem kurzen Schlußworte, daß für ihn als Mitglied der Arbeiterpartei selbstverständlich die Majorität einer öffentlichen Volksversammlung maßgebend sei. Das war demokratisch und um so anerkennenswerther, als Herr Schulz von vielen Arbeitern als Kandidat für den 13. Bezirk in Aussicht genommen war. Mögen alle Arbeiter in gleicher Weise zeigen, daß sie sich nicht bloß Demokraten nennen, sondern Demokraten sind, daß sie Disziplin zu halten wissen, und daß ihnen die Entscheidung der Gesamtheit über ihren persönlichen Neigungen steht.

Ueber die Versammlung glauben wir kurz berichten zu können, da ihr Gang den meisten Lesern bekannt sein wird.

In das Bureau wurden die Herren Tischler Glocke (1. Vorsitzender), Buchdrucker Berner (2. Vorsitzender) und Klavierarbeiter Barrelet (Schriftführer) gewählt. Der Referent, Herr Viefänder, befuhrortete in längerer Rede die Betheiligung an den Stadtverordnetenwahlen. Der Redner bemerkte: Das Vordem ist uns näher als der Koch, deshalb empfiehlt sich die Betheiligung an den Stadtverordnetenwahlen. Die Arbeiter haben ein wesentliches Interesse an der Besserung der städtischen Einrichtungen, wie Sanitätswachen, Krankenpflege, Badeanstalten, Schulwesen, Pferdebahnen, Beleuchtungsweisen und dergl. mehr. Es muß dahin gewirkt werden, daß in allen Stadttheilen auf Kosten der Stadt unentgeltliche Sanitätswachen geschaffen, daß in die Kommissionen für Krankenhäuser Arbeiter gewählt, daß die städtische Armenpflege eine bessere Regelung erhalte, daß die Arbeiter bei ihren Fahrten von und aus den Fabriken und Werkstätten billigere Fahrpreise auf den Pferdebahnen erhalten, daß die städtischen Subventionen an die Arbeiter-Vereine vergrößert werden. Es muß ferner für eine gerechtere Vertheilung der Steuerlast, für eine Aufbesserung der Löhne der städtischen Arbeiter, für unentgeltlichen Unterricht auch in den höheren Schulen gewirkt werden. Um dies zu erreichen, ist es aber notwendig, daß die Berliner Arbeiter sich an den Stadtverordnetenwahlen betheiligen. Es ist richtig, wir können angesichts des Dreiklassen-Wahlsystems niemals die Majorität in der Stadtverordneten-Versammlung erreichen, allein wir sind wenigstens in der Lage, in der Stadtverordneten-Versammlung unsere Stimme zu erheben und die Herren daran zu mahnen, daß sie auch die Interessen der besitzlosen Klassen zu wahren haben. Es ist sehr billig zu sagen: man ist radikal und deshalb wolle man sich an der Stadtverordnetenwahl nicht betheiligen. Man kann radikal sein und deshalb doch das Gute nehmen, so weit man es bekommen kann. Die Schwulpolitik hat noch niemals etwas Gutes geschaffen. (Beifall und Widerspruch.) — **Schlösser Vich:** Ich verkenne keineswegs, daß in der Stadtverwaltung vieles zu bessern ist, andererseits dürfen wir doch aber nicht vergessen, daß wir es mit einem Dreiklassen-Wahlsystem und mit einer öffentlichen Stimmabgabe zu thun haben, also mit dem undemokratischsten System, das sich denken läßt. Das, was wir durch die Stadtverordnetenwahlen erreichen können, ist ein bloßes Fiktion. Wir wollen nichts Halbes und im übrigen verstoßt es gegen das sozialdemokratische Programm, wenn wir uns an einer Klassenwahl mit offener Abstimmung betheiligen, an einer Wahl, von der ein sehr großer Theil der Arbeiter vollständig ausgeschlossen ist. (Beifall und Widerspruch.) — **Geliebter Gottfried Schulz:** Es ist sehr betrübend, daß ein so bestiger Zwiespalt unter den Berliner Sozialdemokraten herrscht. Wie wollen Sie denn höhere Löhne für die städtischen Arbeiter erzielen, wenn Sie sich an den Stadtverordnetenwahlen nicht betheiligen wollen? Wir können in städtischen Dingen nur etwas erlangen, wenn wir unsere Vertreter in der Stadtverordneten-Versammlung haben. Wir müssen darauf hinarbeiten, daß das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht auch bei den Kommunalwahlen eingeführt werde. Dies ist aber nur zu erreichen, wenn wir jedes uns gebende, wozu auch noch so geringe Recht ausdehnen. Nur auf parlamentarischem und gesetzlichem Wege können wir unsere Ziele erreichen. (Beifall und bestiger Widerspruch.) — **Herr Göckel,** ehemaliger Stadtverordneter: Ich will Ihnen zunächst mittheilen, daß ich infolge der Differenzen, die bezüglich der Betheiligung an den Stadtverordnetenwahlen entstanden sind, derartig in meiner wirtschaftlichen Stellung erschüttert worden bin, daß ich mich veranlaßt sah, mein Stadtverordnetenmandat niederzulegen. (Rufe: Das ist nicht wahr! Kärm.) Zur Sache

selbst kann ich nur sagen, daß wir uns an den Stadtverordnetenwahlen betheiligen sollten. Der Erfolg oder Mißerfolg darf bei einer politischen Partei niemals maßgebend sein. Wenn wir gegen das gegenwärtige Kommunal-Wahlsystem protestieren wollen, dann müssen wir diesem Protest durch lebhafteste Wahlbetheiligung, dadurch daß wir unsere gewaltige Macht zeigen, Ausdruck geben. Eine Nichtbetheiligung ist ein tochter Protest und würde nur als Zeichen der Schwäche angesehen werden. (Beifall und Widerspruch.) — **Buchdrucker Berner** schilderte dann eingehend, daß für die Verbreitung sozialistischer Ideen in der Stadtverwaltung nichts geschehen könne. Den Kommunen sei ihr Wirkungsbereich sehr eng eingegrenzt, sie seien Verwaltungskörper, die politischen Gegensätze kämen hier wenig zum Ausdruck und stümpften sich daher ab, anstatt sich — wie wir es zur Aufrechterhaltung der Massen wünschen müßten — scharf entgegenzutreten. Weder agitatorische, noch praktische Erfolge seien daher zu erzielen. Es sei geradezu Ironie, von „sozialdemokratischen“ Stadtverordneten zu sprechen; Sozialdemokraten könnten sie überall sonst sein, nur in der Stadtverwaltung biete sich dazu keine Gelegenheit. Sie seien hier einfach humane Fiktion, die lauter Vorschläge machen müßten, die schließlich auch ein „wohlgeleiteter“ Freisinniger unterstützen könne. Wir wollen aber nicht stücken, weil dadurch das Auge der Massen auf Nebensächlichkeiten gelenkt und von den großen Zielen unserer Bewegung abgezogen werde. Neulich sprach sich Tischler Thierbach aus, der ebenfalls gewisse gute Seiten der Stadtverordnetenbetheiligung anerkannte, der aber betonte, man müsse Nutzen und Schaden gegeneinander abwägen, und nach seinem Dafürhalten sei der Schaden, der durch die Verwässerung unserer Ideen und durch Fiktion und übergroße Nachgiebigkeit angerichtet werde, weitens überwiegend. Inzwischen waren zwei Resolutionen eingegangen. Die eine lautet: 1. „Die Versammlung erklärt, daß eine Betheiligung der Arbeiter an den Stadtverordnetenwahlen geboten erscheint.“ Die zweite hatte folgende Fassung:

„In Erwägung, daß bei einer Betheiligung an den Kommunalwahlen der Aufwand an intellektuellen und materiellen Kräften zu den möglicherweise erwachsenden Vorteilen in keinem Verhältnis steht,

in fernerer Erwägung, daß durch die Erfahrung hinlänglich erwiesen ist, daß die Eroberung einiger Sitze in der Stadtverordneten-Versammlung die aufsteigende Entwicklung der Arbeiterpartei in keiner Weise gefördert hat,

dagegen durch sich breit machendes Strebertum und Autoritätshascherei die Partei korrumpirt wird,

beschließt die Versammlung, die Betheiligung an den Kommunalwahlen abzulehnen.“

Bei der Abstimmung über diese zwei Resolutionen erhob der Referent Zweifel, drei als Schiedsrichter ernannte Freunde der Wahlbetheiligung bestätigten dann selber nach nochmaliger Abstimmung, daß die überwiegende Majorität sich gegen die Wahl erklärt habe, und forderten dann ihre eigenen Freunde auf, demgemäß zu handeln, da für einen Demokraten das Votum der Versammlung entscheidend sei.

## Bereine und Versammlungen.

Die **Utter'sche Fabrik in Braunschweig** bemüht sich fortgesetzt, Arbeiter aus anderen Städten heranzuziehen. Es ist daher nur zu warnen, da die Versprechungen der Firma nicht gehalten werden, wenn die Arbeiter erst einmal in Braunschweig sind. Die Streit-Kommission.

Die **Central-Krankenkasse der Maurer, Steinbauer u.** wählte am 8. d. M. die Delegirten zur Generalversammlung. Es sind dies folgende Herren: Bankow, Demewitzstr. 31, Dietrich, Fürstenbergerstr. 10, Müller, Solmsstr. 24, Krieg, Strahburgerstr. 25, Fiedler, Oberbergerstr. 13, Weisze, Triftstraße 40a, Henze, Forsterstr. 10, Freedank, Bülowstr. 64 und D. Rasche, Wiesenstr. 8. Zum Schluß sprach Herr Dietrich noch den Wunsch aus, daß die Mitglieder, wenn sie noch formelle Änderungen der einzelnen Paragraphen des Statuts wünschten, diese dann den einzelnen Delegirten unterbreiten mögen.

Die **Vereinigung der Drechsler Deutschlands, Orts-**verwaltung Berlin 11 (Stoßbranze), hielt am 6. d. M. in den „Arminshäusern“, Kommandantenstraße 20, eine Versammlung ab. Der Kassirer gab einen kurzen Ueberblick über die Kassenerhältnisse. Herr Hildebrandt referirte hierauf über die Urjahren und Folgen des letzten Streiks in der Stoßbranze. Zum Schluß wies Redner auf die bestehende Vereinigung hin und hob hervor, daß nur durch eine starke Organisation der Berufsge nossen die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse gebessert werden können. Jeder Stodarbeiter sei daher in seinem eigenen Interesse moralisch verpflichtet, sich der Vereinigung als Mitglied anzuschließen. Am 20. März soll ein gemüthliches Zusammensein mit Damen in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a, stattfinden.

Der **Verein zur Unterfützung erkrankter und verunglückter Mitglieder der Maurer** des Westens Berlins hielt am 6. d. M. in Rennefahrt's Lokal, Deunewitzstr. 13, eine Mitgliederversammlung ab und beschloß u. A., am Garfreitag eine Herren-Fußpartie zu veranstalten. Ferner beschloß die Versammlung, den erkrankten Mitgliedern künftig, so lange die Kassenerhältnisse dies gestatten, an Unterfützung pro Woche 6 Mk. zu zahlen. Mithgeteilt wurde, daß für verloren gegangene und durch neue ersetzte Statutenbücher 10 Pfg. zu zahlen sind. Am 5. Mai soll ein Langkränzen stattfinden und wurde hierzu ein Komitee gewählt. Zum Schluß wurde zu recht zahlreichem Besuch der Vereinsversammlungen aufgefordert.

Die **Schuhmacher Berlins** hielten am Montag eine öffentliche Versammlung ab, welche zum Schluß einstimmig folgende Resolution annahm: „Die heutige öffentliche Versammlung der Schuhmacher Berlins erklärt es für notwendig, daß für die Militärzeit ein Minimum all oh v festgesetzt werde, der über den von der Junung festgesetzten Lohn hinausgeht. Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß der Verein zur Wahrung der Interessen der Schuhmacher die Sache in die Hand nimmt und in der nächsten öffentlichen Schuhmacherversammlung einen Lohnsatz nach dieser Richtung hin vorlegt.“ — Wie Herr Klinger mittheilt, ist der gedachte Verein bereits dabei, einen Tarif auszuarbeiten. Die Versammlung war von 600 Personen besucht.

— **Verband deutscher Zimmerleute.** Generalversammlung sämtlicher Berliner Lokalverbände am Sonntag, den 18. März, Vormittags 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, Kommandantenstr. 72, im Neuen Klub-Haus. Tagesordnung: 1. Wahl der Delegirten. 2. Vorlage, betreffs Bildung eines Lokalverbandes. 3. Verschiedenes. Quittungsbuch legitimirt.

— **Fachverein der Buchbinder** und verwandten Berufsge nossen (Verbandsverein). Sonnabend, den 17. März cr., Abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Restaurant Neper, Alte Jakobstr. 83, Vereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Zur Geschichte der Papierfabrikation. 2. Abrechnung vom Stiftungsfest. 3. Verschiedenes und Fragekasten. — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.

— **Fachverein der Metallarbeiter** in Gas-, Wasser- und Dampfmaschinen. Sonnabend, den 17. d. M., Abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, bei Heidrich, Beuthstr. 22 (Industriegebäude), Mitgliederversammlung. Vortrag des Herrn Gottfried Schulz über: „Die Steigerung der Metallpreise und deren Wirkung“. Bericht der Vergütungs-

Kommission. Verschiedenes und Fragekasten. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

— **Öffentliche Versammlung** für Männer und Frauen am Montag, den 19. März, Abends 8 Uhr in Habel's Brauerei, Bergmannstr. 5/6. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Bernstein über Verhütung von Krankheiten. 2. Die freien eingeschriebenen Hilfskassen, insbesondere der Sanitätsverein für Arbeiter beiderlei Geschlechts in Berlin. Referent Herr Paul Hundt. 3. Verschiedenes. — Aufnahme von Mitgliedern findet nach der Versammlung, sowie Abends von 7 bis 8 Uhr und Sonntags Vormittags bei Kirchsle, Arndtstr. 25 3 Tr. und bei Grel, Bergmannstr. 14, 5, 4 Tr. statt.

— **Freie Vereinigung der Bergolder** und Fachgenossen. Nicht genehmigt wurde unsere Versammlung zu Montag, 13. März, mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Huber über Darwin'sche Weltanschauung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Unsere nächste Versammlung findet deshalb am Montag, den 16. April 1888 statt. Beiträge und neue Mitglieder werden aufgenommen am 19. März im Lokal des Herrn Köpcke, Magazinstr. und Schillingstrahen-Gde.

— **Central-Kranken- und Sterbefälle der Drechsler** und anderer gewerblicher Arbeiter (G. H. 48). Verwaltungsstelle „Berlin A“. Die Auszahlung des Kranken- und Sterbegeldes findet vom Mittwoch, den 14. d. M., bis auf weiteres beim vorstretenden Kassirer, Herrn A. Werdermann, Langestr. 68 v. 2 Tr., Mittags zwischen 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> und 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr statt. Kranken- und Sterbegeld stellt aus für den Ofen Herr Gerlach, Al. Andreaskstr. 4, 3 Tr., Abends von 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, für den Südosten Herr Stein, Muslawerstr. 14 v. 3 Tr., Abends von 7—9 Uhr. Der Bevollmächtigte, Fr. Schrader, wohnt Bückerstr. 7 v. 3 Tr.

— **Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter** (G. H. 29, Hamburg). Filiale Berlin 5. Versammlung am Sonnabend, den 17. März, Abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, bei Kermann, Lothringersstr. 81.

— **Kranken- und Begräbniskasse des Vereins sämtlicher Berufs-klassen** (G. H.) Berlin 2. Versammlung am Sonnabend, den 17. d. M., Abends 9 Uhr, bei Vartel, Hottwellstraße 5. Neue Mitglieder werden dafelbst und beim Kassirer M. Zeißig, Teltowerstr. 45, 3 Tr., aufgenommen.

— **Central-Krankenkasse der Maurer u.** (Grundstein zur Einigkeit). Die ordentliche Mitgliederversammlung, Sonntag, 18. März, fällt wegen der ungünstigen Witterung aus und ist die nächste Versammlung Sonntag, 15. April.

— **Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter** (G. H. 29, Hamburg). Filiale Berlin 1. Sonnabend, den 17. März, Abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Kassenericht. 2. Abrechnung vom Maskenball. 3. Verschiedenes. Die Zahlstelle Gneisenau- und Mittenwaderstrahen-Gde (Destillation von Pahl) ist nach der Solmsstraße 52, Restauration von Faulheit, verlegt worden.

— **Der Fachverein der Former** und Berufsge nossen macht bekannt, daß das Stiftungsfest am 17. März nicht stattfindet, sondern am 14. April. Die Billets behalten ihre Gültigkeit. Gleichzeitig fordern wir die Mitglieder auf, ihren Pflichten an den Zahlstellen, bei Herrn Söbke, Ritterstr. 123 und bei Herrn Wolf, Chausseestr. 73, nachzukommen.

— **Freireligiöse Gemeinde, Rosenthalerstr. 38.** Sonntag, den 18. März, Vormittags 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, Vortrag des Herrn Dr. D. Spagier über „Die Grundzüge der Lehre Spinoza's.“ Damen und Herren als Gäste willkommen. — Am Montag, den 19. März, Abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr dafelbst beschließende Versammlung der Mitglieder.

## Briefkasten.

**Schriftführer.** Ein Inserat ist uns nicht zugegangen. Hier wird überhaupt zu wenig Eifer gezeigt.

**Für Eiberfeld und Pagen** suchen wir zum Vertrieb dieses Blattes geeignete Persönlichkeiten. — Ebenso für Forst.

**G. B.** Eine Auslieferung erfolgt nicht. Ueber die zweite Frage sind wir nicht orientirt.

**Abonnet Sebastianstraße.** Uns nicht bekannt. Adressiren Sie doch einfach: „An den Gerichtsvollzieher für D.“ Die Post wird ihn schon finden. Sie können sich dann bei Anknst erkundigen.

**G. Sch.** In manchen amerikanischen Städten werden thafächlich die „Pferde“bahnen elektrisch betrieben. Soeben ging die Nachricht wieder von St. Joseph (in Missouri) durch die Blätter.

**Soh.** Voh ist der amerikanische Ausdruck für Meister, Unternehmer. Er stammt wohl aus dem Holländisch-Plattdeutschen, wo der Unternehmer daas heißt. Auch in Frankreich spricht man jetzt öfter von bosses statt „patrons“.

**Produktivgenossenschaft.** Besten Dank für Ihr Schreiben. Unsere Gründe halten wir damit aber nicht für widerlegt. Soviel wir wissen, hat Herr Benjamin Rampal die Schulze-Deitschen Schriften in's Französische übersetzt, und der Stadt Paris zur Umerziehung von Arbeitergenossenschaften (Konsumvereinen, Produktivgenossenschaften) aller Art mehr als eine Million Francs vermacht. Ueber die nähere Verwendung der Summe ist uns nichts bekannt.

**Abonnet.** Henri Rochefort wird gesprochen: Angri Rochefort.

**Schlankopf.** Sie haben vollständig Recht. Wenn die Zahl der erworbenen Reichstagsstimme genau der Zahl der abgegebenen Stimmen entspräche, so wäre die „Kartellmehrheit“ nicht die Mehrheit. Sie würde vielmehr nur über 183 und nicht über 211 Abgeordnete verfügen.

**Wettender.** Unter Nickelblech versteht man im gewerblichen Gebrauch für gewöhnlich auf galvanischem Wege vernickeltes Zinkblech. Das Nickel besitzt eine ungeheure Dehnkraft, so daß man vernickeltes Zinkblech von vernickeltem Neusilber oder Eisenblech kaum unterscheiden kann. Die außerordentliche Dehnkraft des Nickels ist der Grund, warum das vernickelte Zinkblech so große Ausdehnung und Verbreitung gefunden hat, wie es falfisch der Fall ist. In allen Sachen, wozu früher Neusilber und Messing verwendet wurde, und wozu die Qualität des Nickels ausreicht, also zu Beschlägen für Lederwaaren, für Musikinstrumente, für die Knopffabrikation werden jetzt Nickelbleche in ungeheuren Mengen produziert.

**Wieser.** Beim bevorstehenden Wohnungswechsel in Berlin der diesmal am 3. April beginnt, muß der Umzug bei kleinen, aus höchstens 2 Zimmern mit Zubehör bestehenden Wohnungen an demselben Tage, bei mittleren, aus 3 bis 4 Zimmern bestehenden Wohnungen am 4. April Mittags 12 Uhr, bei großen Wohnungen aber am 5. April, Mittags 12 Uhr beendet sein.

**Unsere auswärtigen Abonnenten** müssen wir für dieses Mal um Entschuldigung bitten, wenn ihnen die Nummern

verspätet

zugehen. Eine Störung im Betrieb verhinderte uns, einen Theil rechtzeitig zur Post zu liefern.

Expedition der „Berliner Volkstribüne.“